

[interim Nr. 26, 18.10.1988]

Ich sag', wie's ist!

„Ich sag, wie's ist“ ist ein Papier aus Hamburg, das seit einiger Zeit in der Szene kursiert. Wir denken, daß der Text die Schwächen autonomer Politik ganz gut beschreibt und die Kritik ganz gut nachvollziehbar ist. Vielleicht gibt es ja auch Anstöße für die IWF-Nachbereitung.

Die ersten 24 Seiten drucken wir hier ab, evtl. kommt auch irgendwann der Rest dazu. Alle die es nicht erwarten können, sollten im Kopiereinzelhandel nachfragen.

[1] Wir, aus der autonomen und antiimperialistischen Szene kommend, haben dieses Papier geschrieben, um eine grundsätzliche politische Diskussion zu führen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß unsere eigene politische Arbeit und die der Szene von einer Reihe von Fehlern, Schwächen und Lücken gekennzeichnet war und ist. Diese müssen dringend überwunden werden, wenn wir hier eine wirksame revolutionäre Bewegung aufbauen wollen. Es handelt sich um den fehlenden Klassenstandpunkt, militaristische Tendenzen, Ghetto-Mentalität, freiwillige Desorganisation, zu kurzes und inkonsequentes politisches Denken und eine weitgehende Ignoranz gegenüber dem Marxismus-Leninismus. Alle diese Haltungen hängen miteinander zusammen und bestimmen in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen den größten Teil der Szene. Sie zu überwinden, bedeutet, den diffusen Charakter als >Szene< zu überwinden und den längst fälligen Schritt zu einer revolutionären Organisation zu machen. Wie dieser Schritt genau aussehen kann, wissen wir auch noch nicht, das muß Ergebnis der Diskussion sein, die wir führen wollen und die in Teilen der revolutionären Linken bereits geführt wird. Wir haben aber Grundlagen entwickelt, die unserer Meinung nach für die Entwicklung einer Strategie und für die Organisierung notwendig sind: kurz gesagt die Anwendung marxistischer und leninistischer Prinzipien. Wir haben unsere politische Kritik auf >die Szene< bezogen, wohl wissend, daß es diese als Einheit nicht gibt. Wir meinen damit alle autonomen, antiimperialistischen, anarchistischen und autonom-kommunistischen Gruppen, die sich >irgendwie< als revolutionär verstehen. Natürlich gibt es da mindestens so viele Meinungen wie Gruppen. Wir erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind uns auch darüber im Klaren, daß die beschriebenen Verhaltensweisen nicht auf alle zutreffen. Darum ging es uns aber auch gar nicht. Wir wollen vielmehr darauf hinaus, daß eine grundsätzliche Änderung unserer Politik nötig ist, und leiten das aus einigen Grundzügen der Szene-Politik und der Szene-Verhaltensweisen ab.

Einige werden sich vielleicht wundern, daß wir uns hier soviel Mühe geben. Die meisten Menschen, die wie wir von der Szene die Schnauze voll haben, ziehen sich ja ganz einfach ins Privatleben zurück. Oder bestenfalls wenden sie sich einer anderen politischen Strömung zu und bedenken ihre >ehemaligen< Genossinnen mit ein paar zynischen Sprüchen. Wir können und wollen jahrelange politische Arbeit und Erfahrung aber nicht einfach über Bord werfen. Und wir meinen, daß es für viele Menschen, mit denen wir in dieser Zeit was zusammen gemacht haben - natürlich auch für andere - interessant ist zu erfahren, was wir denken.

Es kommt noch was dazu, das übers Persönliche hinausgeht. Die Szene ist die einzige linke Strömung, die ständig Zulauf hat. Viele geben zwar bald entnervt auf, aber es kommen auch immer Neue dazu. Die Szene hat also eine Anziehungskraft. Die liegt, so meinen wir, vor allem darin, daß da Leute sind die sich wehren, die der ganzen Scheiße hier was entgegensetzen wollen. Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer ist auch dabei. Wir finden da grundsätzlich gar nichts Schlechtes dran. Wir sind auch so zu revolutionärer Politik gekommen. Unzufriedenheit und Rebellion sind die Wurzeln der Revolution. Aber eben erst die Wurzeln. Die Szene bildet also ein revolutionäres Potential. Und sie ist gegenwärtig die einzige Strömung der revolutionären Linken, die wenigstens Teile der rebellischen Jugend in ihre Reihen integrieren kann.

Darüberhinaus gibt es in der Szene eine große Zahl von Genossinnen, die in langer politischer Arbeit wertvolle Erfahrungen gesammelt haben und bereit sind, persönliche Risiken einzugehen. Und die Szene, wenigstens ihr politischer Kern, formuliert den Aufbau proletarischer Gegenmacht

als Ziel. Wenn wir auch denken, daß das mit den Mitteln der Szene nicht erreicht werden kann, ist doch das Ziel richtig.

[2] Dies alles macht die Szene in unseren Augen zu einem revolutionären Potential, dessen weitere Entwicklung für die Zukunft revolutionärer Politik in der BRD allergrößte Bedeutung hat. Das mag jetzt ziemlich deftig klingen, und viele werden sich bei einigen Passagen angemacht fühlen. Aber erstmal ist es für uns in vielen Punkten Selbstkritik und nicht nur Kritik an anderen, und dann denken wir eben, daß es entscheidend ist, offen zu diskutieren. Noch ein paar Bemerkungen vorneweg: wir gehen, anders als viele Autonome und Antiimps, von einer Situation der Schwäche der revolutionären Kräfte in der BRD aus. Die Zahl der bewußten kommunistischen und anarchistischen Revolutionäre hier ist gering, leider weit geringer als die Zahl der Vermummten auf Demos. Andererseits sind die gesellschaftlichen Widersprüche so groß, ist die Gesellschaft so instabil, daß wir uns eine Entwicklung zu einer vorrevolutionären Lage innerhalb weniger Jahre durchaus vorstellen können - wenn es gelingt, hier eine revolutionäre Perspektive breit zu vermitteln.

Um aber eine revolutionäre Perspektive zu vermitteln, müssen wir erstmal selber eine haben. Und da fangen die Probleme an.

VON DER REVOLTE ZUR REVOLUTION?

Wir wissen, daß wir uns damit jetzt gleich zu Anfang extrem unbeliebt machen, aber wir sind der Ansicht, daß es einem beachtlichen Teil der Szene gar nicht um die Revolution geht, sondern darum, ihre Lebensvorstellungen und ihre Lebensweise hier durchzusetzen. Um es mal in einem beliebten Bild auszudrücken: viele wollen eben nicht wirklich die ganze Bäckerei, das heißt sie wollen vor allem nicht backen, sie wollen vielmehr alle Stücken Torte und das Recht, sich in der Öffentlichkeit damit zu bewerben. Extremster Ausdruck davon ist der Hönkel-Schwachsinn, wo es ganz klar nicht mehr um Veränderung geht, sondern nur noch um Selbstdarstellung. Gerade die ständige Betonung des >subjektiven Bruchs< mit dem System ist ein Ausdruck davon, daß der Bruch eben nicht vollzogen ist. Das hat einen einfachen Grund: der subjektive Bruch ist eine individuelle Entscheidung zu kämpfen. Er hebt die objektive Integration ins kapitalistische System nicht auf. Der Kapitalismus zeichnet sich eben gerade dadurch aus, daß er alle Bereiche des Lebens in Warenwirtschaft und Kapitalverwertung einbezieht - auch den gesamten Reproduktionsbereich, auch alle Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, übrigens auch alle Diebe und Einbrecher. Alle Vorstellungen, man/frau könnte mit Verweigerung der Lohnarbeit, Diebstahl und dergleichen >irgendwie außerhalb des Systems< leben, sind schlicht und einfach falsch und müssen überwunden werden. Die Strukturen des Kapitalismus erlauben keinen objektiven Bruch mit dem System. Woher kommt diese Vorstellung vom subjektiven Bruch? Wir sehen zwei Wurzeln: die soziale Herkunft der Szene, die ihre Lebensbedürfnisse geprägt hat, und dann die Szene-Lebensweise.

KLASSE AN SICH, FÜR SICH ODER FÜR WEN?

Die Behauptung nämlich, in den Metropolen seien die Proletarier/das revolutionäre Subjekt "die Bewegung der Kämpfenden", ist schlicht falsch. Proletarier ist kein Ehrentitel, den man sich wie eine Medaille um den Hals hängt, sondern ein analytischer Begriff, der die Stellung des Menschen zu den Produktionsmitteln kennzeichnet. Was aber ist die Stellung der Szene zu den Produktionsmitteln? Meist wird nicht einmal diese Frage gestellt. Wichtig ist sie aber trotzdem. Eine Klassenanalyse ist nämlich für die Entwicklung einer revolutionären Strategie unerlässlich. Sie muß auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, ausgehend vom Widerspruch zwischen Proletariat und Bour- [3] geoisie, die konkreten Klassenverhältnisse und die Formen des Klassenkampfes analysieren.

Diesen ersten sehr wichtigen Punkt wollen wir hervorheben: Die Szene muß endlich ihre eigene Situation in der Klassengesellschaft reflektieren. Eine revolutionäre Strategie muß sich auf eine

Klassenanalyse der gesamten Gesellschaft stützen. Sie darf nicht nur aus den Bedürfnissen der Kämpfenden, ihren Diskussionen, ihrem Zusammenkommen oder dergleichen abgeleitet werden. Es steht hoffentlich außer Frage, daß wir für die Revolution hier die Mehrheit der Menschen gewinnen müssen. Wir haben aber leider immer wieder feststellen müssen, daß viele Menschen aus der Szene der werktätigen Bevölkerung, überhaupt den >Normalos<, mit Distanz und Gleichgültigkeit, oft sogar mit Arroganz, Haß und Verachtung begegnen. Das fängt mit der diffusen Vorstellung an wir alle hier seien ja irgendwie zu reich und die Arbeiter hier wären an der Ausbeutung der >3. Welt< beteiligt, weil sie Bananen essen.

"Viele von ihnen (gemeint sind Autonome und Antiimps, a.d.L.) haben ein Bild vom >Arbeiter< im Kopf, das elitär ist: Arbeiter sind kleinbürgerlich (allein schon deshalb, weil sie arbeiten) und lesen die Springer-Presse. Dazu im Gegensatz der Revolutionär - er steht isoliert, aber revolutionär auf verlorenem Posten. Revolutionäre Unkosten werden über das kassierte >Sozi< oder übers Jobben finanziert. Überleben kann der revolutionäre Kämpfer über die revolutionäre Enteignung von Lebensmitteln bei Aldi. Er lebt autonom oder auch antiimperialistisch auf >befreitem Gebiet<, von jeder >Arbeiter<- oder, was oft gleichgesetzt wird, Spießbürgernorm hat er sich befreit. Das kapiert >der< Arbeiter nicht, der - weil er kein Haus besetzt hat - immer noch Miete zahlt, immer noch seinen Fraß bei Aldi bezahlt, dafür [4] regelmäßig arbeiten geht und - weitaus schlimmer noch! - ein Auto hat, es sogar reparieren läßt und womöglich auch noch Video und Kabelfernsehen hat. Ach ja, Familie hat er auch noch. Kein Wunder, daß der Angst vor Arbeitslosigkeit hat und sich über Chaoten, Punks und Terroristen beschwert. Das Arschloch!" (aus: Partisan, Zeitung der Proletarischen Aktion, April 88)

Nun wollen wir hier nicht mit klagender Miene stehenbleiben, sondern uns zunächst mal fragen, warum das eigentlich so ist. Wir sehen da zwei Wurzeln: die Klassenherkunft der Szene und ihre Lebensweise. Die meisten von uns kommen aus der Mittelschicht. Fürs Materielle war da im Allgemeinen gesorgt. Also entwickelten wir nicht in erster Linie ökonomische, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse. Was uns zum Kämpfen gebracht hat, war der Widerspruch zwischen unseren Lebensbedürfnissen und der Realität der Entfremdung. Nachdem wir einmal begonnen hatten zu denken, stießen wir schnell auf die offensichtliche Unmenschlichkeit des Systems: Krieg, Ausbeutung der '3. Welt' etc. Die ökologische Krise wurde zum Thema (Anti-AKW), und es verbreitete sich die Erkenntnis, daß dieses System früher oder später den Untergang bedeutet. Mit den Kämpfen kam die Erfahrung der staatlichen Gewalt. Und damit wären schon die Themen umrissen, zu denen wir politisch gearbeitet haben. Die Arbeitskämpfe in der BRD (entgegen anderslautenden Gerüchten gibt es nämlich auch hier welche) werden weitgehend ignoriert, sofern sie nicht einigermaßen militant sind. Das ist eigentlich nur konsequent: war von seinen eigenen Bedürfnissen ausgeht und keiner Lohnarbeit nachgeht, dem/der kann die 35-Stunden-Woche natürlich schnurz sein. Das die Szene auf Lohnarbeit verzichten will, ist auf ihre soziale Herkunft zurückzuführen, auf den Wunsch, Lebensvorstellungen sofort umzusetzen. Lohnarbeit bedeutet Fremdbestimmung, das Gegenteil von dem was wir wollen. Also verzichten wir dankend und halten auch noch alle für Idioten oder konsumgeil, die das nicht tun. Das die Szene aber überhaupt auf Lohnarbeit verzichten kann, ist Folge der Möglichkeit, Sozialhilfe zu beziehen. Und diese Möglichkeit ist, historisch wie im internationalen Vergleich, ziemlich einmalig. Dazu kommt, daß die meisten von uns aus Familien kommen, die in der Lage sind sie aufzufangen, wenn es nötig ist. Es gibt eben sehr wohl die Möglichkeit, den >subjektiven Bruch< zurückzunehmen, und diese Möglichkeit wird - mit oder ohne Hilfe der Familie - recht oft genutzt. Die autonome Lebensweise ist oft eine Phase jugendlichen Abenteueriums nach dem Motto: wer mit 20 nicht Kommunist ist hat kein Herz, wer mit 40 noch Kommunist ist hat keinen Verstand. Wir wollen nun gar nicht die Parole >in die Betriebe< ausgeben. Wir wollen auf zweierlei hinaus: einmal wollen wir auf die Gefahren hinweisen, die entstehen, wenn über die eigene soziale Stellung nicht nachgedacht wird. Und dann wollen wir aus unserer Sicht sagen, wozu die autonome Lebensweise gut sein kann.

[5] AUTONOMIE - SELBSTBESTIMMTES LEBEN – KOMMUNISMUS

Bleiben wir erstmal bei Folgen und Gefahren der Ignoranz. Die Szene pflegt einen Lebensstil, der sie ganz von selbst in die gesellschaftliche Isolation treibt. Wie der Alternativler der späten 70er Jahre, der sich zwischen Bioladen, Alternativbetrieb und Landkommune bewegte, so hat auch der typische Szenik der späten 80er kaum Außenkontakte - nur daß er sich zwischen WG, Termin und Autonomen-Ditschko bewegt. So geht der Kontakt zur gesellschaftlichen Realität verloren. Die Szene bekommt nur Szene-Meinungen zu hören und hält das dann für die Wirklichkeit. So kommt es dann zur Überschätzung der eigenen Kräfte: wann um einen rum nur Revolutionäre sind, dann, muß das ja wohl überall so sein. Die Wirklichkeit wird über die Medien wahrgenommen, die die autonome Szene bekanntlich gern in sehr grellen und für uns schmeichelhaften Farben malt. Wer seine Nase jedoch einmal über den Tellerrand der Szene steckt merkt schnell, daß die meisten Menschen von ganz anderen Problemen bewegt werden als die Szene sich das so vorstellt. Die meisten Szeniks gehen davon aus, daß sich die Menschen früher oder später, ausgehend von ihren eigenen Bedürfnissen oder ihrer Betroffenheit, der Revolution schon anschließen werden. Nun wird es zwar immer Menschen geben, die das tun. Dadurch erneuert sich die Szene ständig, das System bringt sie immer wieder hervor. Aber wir können nicht erwarten, daß alle Menschen unsere Vorstellungen von selbst übernehmen. Bedürfnisse und Vorstellungen sind nämlich kein Naturereignis, sie sind Ergebnis von Sozialisation und Lebensweise. Und deshalb können sie nicht bei allen Menschen gleich sein. Eine andere Klassenrealität, in der ökonomische Dinge mehr im Vordergrund stellen, führt zu anderen Bedürfnissen, ebenso wie die völlig unterschiedliche historische Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, ja überhaupt der Generationen. Wir sollten uns zum Beispiel nicht darüber wundern, daß jemand, der den Faschismus erlebt hat, dieses System als das kleinere Übel ansieht. Genausowenig sollte es uns wundern, daß jemand der in der Nachkriegszeit gehungert hat ein anderes Verhältnis zur Warenwelt hat als wir. Die Realität der Fabrik vermittelt andere Erfahrungen und Wünsche als die des Sozialamts, der Uni oder des Alternativbetriebes. Wir meinen: Aufgabe einer revolutionären Bewegung kann es nicht sein, ihre Erfahrungen und Bedürfnisse für absolut zu setzen. Sie muß vielmehr die Erfahrungen und Bedürfnisse der proletarischen Massen mit der revolutionären Theorie in Beziehung setzen und daraus eine Strategie entwickeln. Oder, um es mit den Worten Lenins zu sagen, sie muß "all jene Tropfen und Rinnsale der Volkserregung sammeln und [...] konzentrieren, die aus dem [...] Leben in weit größerer Menge hervorquellen, als wir alle es uns vorstellen und glauben, die aber zu einen gewaltigen Strom vereinigt werden müssen." (aus: Was tun?, 1901)

Wir meinen nicht, daß es falsch ist konkrete Bedürfnisse zu haben und zu versuchen sie schon vor der Revolution umzusetzen. Dies bedeutet, für Veränderungen im positiven Sinn zu kämpfen, für billigen Wohnraum etwa oder gegen den §218. Wir meinen aber, daß Überheblichkeit und Verachtung gegenüber Menschen, die anders leben als die Szene für Revolutionäre nicht ansteht. Und wir meinen, daß der Kampf um Freiräume nicht automatisch revolutionärer Kampf ist, und zwar unabhängig davon wie militant er geführt wird, und auch unabhängig davon, wie die Parolen lauten. Viele werden sagen, daß wir jetzt offene Türen einrennen. Aber halsstarrig wie wir nun einmal sind, glauben wir, daß dem nicht so ist. Die Penetranz, mit der die Formel vom >selbstbestimmten Leben< in allen möglichen Mobilisierungen auftaucht, zeigt, daß der Zusammenhang nicht begriffen wurde. Ein selbstbestimmtes Leben kann es im Kapitalismus nämlich nicht geben, weil der Charakter der Warengesellschaft das ausschließt. Demnach wäre es doch wesentlich praktischer, [6] „für den Kommunismus“ zu sagen, wenn es um ein selbstbestimmtes Leben geht. Erst in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in der die Menschen von der Sorge um das Lebensnotwendige und von entfremdeter Arbeit befreit sind, kann es ein selbstbestimmtes Leben geben. Die meisten Szeniks kämpfen lieber für Freiräume und verwechseln das mit dem Kampf für Selbstbestimmung, das heißt für die Revolution. Das zeigt sich auch in den konkreten Mobilisierungen. Wenn es um das Erkämpfen sogenannter Freiräume geht, ist es kein Problem, am selben Tag noch 500 Menschen dafür oder dagegen auf die Strafte zu bekommen. Bei internationalistischen Mobilisierungen, wo nun mal niemand konkrete

Verbesserungen für sich selbst erkämpfen kann, sieht das schon anders aus. Das mag persönlich verständlich sein, weist aber sehr deutlich auf die fehlende revolutionäre Perspektive hin.

Es ist richtig, dass jede/r von uns eine revolutionäre Identität haben, revolutionäres Subjekt sein muß. Das heißt aber nicht, daß wir subjektivistische Politik machen dürfen.

Einige werden uns entgegnen, daß es eben gerade darum geht, im Kampf für konkrete Projekte eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. Aber sehen wir, wie das konkret aussieht. Nehmen wir die bedeutendste politische Mobilisierung hier in Hamburg: die Hafenstraße. Da hieß es ab 1985: >es geht nicht nur um die Häuser<. Ja, aber worum dann? Die Menschen, die drin wohnen? Tanzende Rebellion? Wir wollen auf die Hafenstraße und ihren Mythos später noch eingehen, daher hier nur soviel: inhaltlich ist das alles sehr, sehr dünne geblieben. Eine revolutionäre Perspektive ist nicht vermittelt worden. Den meisten Menschen außerhalb der Szene sind die Szene-Parolen ganz einfach unverständlich. Das liegt nicht daran, daß sie alle blöde sind oder ihnen der Wunsch nach einem anderen Leben fremd ist, sondern daran, daß die Szene nur von sich selber ausgeht und sich herzlich wenig Mühe gibt, andere Menschen anzusprechen. Aber wir wollen uns nicht wiederholen.

Den Inhalten entspricht auch die Form der politischen Arbeit. Treffen und Diskussionen dauern Stunden um Stunden, weil sich fast alle dafür Zeit nehmen können. Und die, die das nicht können, haben eben Pech gehabt. Sollen sie doch zum Sozialamt gehen! Für Aktionen gilt oft das Gleiche. So regelt sich die Zusammensetzung der Szene ganz automatisch.

Eins wollen wir noch sagen. Die Szene ist nicht in der Lage, ihre Vorstellungen von selbstbestimmtem Leben umzusetzen. Was ist in der Hafenstraßenditschko anders als in anderen Discos (mal abgesehen von der Kleiderordnung)? Wieviele Leute in >befreitem Gebiet< ziehen sich ihren ersten selbstbestimmten Halben schon morgens um 10 Uhr rein? Wer mit großen Hoffnungen und Illusionen in die Szene geht und sich vorstellt, da gerade auch sein/ihr eigenes Leben klarzukriegen, wird sich schnell enttäuscht abwenden. Die Lebenssituation der Szene würde eine Tätigkeit als Berufsrevolutionär im Sinne Lenins ermöglichen. Zu seiner Zeit wurden solche Menschen aus Spenden und Parteibeiträgen bezahlt. Sie widmeten dann ihre ganze Zeit der Revolution. Es spricht natürlich nichts dagegen, für eine solche Bezahlung den Staat in Anspruch zu nehmen. Diejenigen, die das tun, müssen sich aber der Realitäten bewußt sein. Sie können eben nicht in erster Linie von sich selbst ausgehen. Alle revolutionären Bewegungen beginnen in Schichten, die nicht das revolutionäre Subjekt (als Klasse) sind. Und das bedeutet für uns revolutionäres Subjekt zu sein: Sich eben dieser Avantgarderolle bewußt zu sein, revolutionärer Kern, Kristallisationskeim zu sein – oder, um nicht ganz so unbescheiden zu sein: zumindest werden zu wollen.

[7] [ausschließlich Illustration]

REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT

[8] Die Entwicklung revolutionärer Gegenmacht zieht sich als roter Faden durch die Diskussionen der Szene in den letzten Jahren - zu recht. Aber - ewige Nörgler, die wir nun einmal sind - wir meinen, daß es der Szene mit ihren jetzigen politischen Strukturen nicht gelingen kann, eine dauerhafte revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln. Um zu erklären, warum wir das denken, wollen wir auf die größte politische Mobilisierung hier in Hamburg in den letzten Jahren eingehen, auf den Kampf um die Hafenstraße.

Der Kampf um die Hafenstraße steht in der Szene als Symbol dafür, daß es möglich ist, sich gegen den Staat durchzusetzen, wenn wir nur entschlossen und militant genug sind. Dann schließen sich andere Menschen dem Kampf an und die revolutionäre Linke kommt im Kampf zusammen. Heute, ein halbes Jahr nach den entscheidenden Barrikadentagen im November, müssen wir feststellen, daß von der Mobilisierung wenig geblieben ist. Andererseits ist es damals gelungen, dem Staat den (vorläufigen) Erhalt der Hafenstraße abzurufen. Das unsere Kämpfe so einen direkten, materiellen Erfolg bringen ist selten. Der Anti-AKW-Bewegung gelang es Ende der 70er, für einige Jahre einen faktischen Baustop durchzusetzen. In beiden Fällen aber war es nicht allein der Kampf auf der Straße - oder auf den Acker - der den Erfolg gebracht hat. Wie ist es nun zur

Hafenstraßenmobilisierung gekommen, deren Umfang und Dynamik uns selbst überrascht hat? Wichtig waren die vielen Veranstaltungen, die die Hafenstraße in den Stadtteilen gemacht hat. Sie allein erklären aber nicht, warum sich gerade hier so viele Menschen engagierten. Wir haben vorhin vom Hafenstraßen-Mythos gesprochen. Wir meinen damit, daß die Polarisierung der Meinungen und die große Mobilisierung darauf zurückzuführen sind, daß um ein Symbol gekämpft wurde. Dadurch wurde die Hafenstraße weit über ihre reale Bedeutung hinaus zum Mythos. Durch diesen Mythos fühlten sich viele Menschen zum Handeln gedrängt, noch weit mehr sympathisierten mit unserem Kampf. Das ging weit über den Kreis der sonst politisch Aktiven oder auch nur Interessierten hinaus. Das haben auch die reformistischen Organisationen gemerkt, deshalb haben sie sich solidarisiert. Für alle diese Menschen stand die Hafenstraße für die Hoffnung auf ein anderes Leben, für Rebellion, dafür, sich von den Bullen nix gefallen zu lassen. Genauso diffus und verschwommen, wie das hier steht. Das Bild vom kleinen gallischen Dorf, das den Römern standhaft Widerstand leistet ist hier ziemlich treffend. Eine Frau aus der Hafenstraße hat im Grunde eben dieses Motiv auf die heutige Zeit übertragen, auf einem Bild das recht weit verbreitet ist: die Hafenstraße als kleiner bunter Fleck, umgeben von den Mächten des Bösen, bedroht von einem übergroßen Bullen, der sich über die Häuser beugt. In diesem Sinne ging es also tatsächlich um mehr als um die Häuser. Es ging aber nicht um konkrete politische Ziele, [9] Strategien oder gar die Revolution. Da wir selber nicht in der Lage waren, die Parole >es geht nicht nur um die Häuser< zu konkretisieren, wie hätten wir das anderen vermitteln können?

Nebenbei gesagt: für die Gegenseite gilt entsprechend das Gleiche. Für sie, die Befürworter der herrschenden Ordnung, stand (und steht) die Hafenstraße stellvertretend für alles Böse, für alles, was die Ordnung bedroht. Die Hafenstraße verkörpert für sie alles, was ihre Lebensweise in Frage stellt. Das Gefühl, daß da Leute tun was ihnen Spaß macht und sich nicht um die Gesetze kümmern, den Bullen sogar mal auf die Fresse hauen, ist ihnen unerträglich. Deswegen reagieren sie so hysterisch. Ihre Angst und ihr Haß, die aus ihrem entfremdeten Leben kommen, richten sie gerade gegen die, die sich gegen die Entfremdung auflehnen. Ein ähnlicher Mechanismus spielt sich im rassistischen und faschistischen Denken ab, aber darauf können wir hier nicht näher eingehen.

Jedenfalls sehen alle in der Hafenstraße das, was sie drin sehen wollen. Symbolisch kämpften hier Rebellen gegen Ordnungshüter. Das alles wäre nun halb so tragisch. Keine politische Bewegung kommt ohne Mythen aus. Wir können aber auf der Grundlage von Mythen keine politische Stärke entwickeln. Spätestens mit der Mittelamerika-Demo am 29.2. - die ja auf der Stärke der Hafenstraßenmobilisierung aufbauen sollte - wurde klar, daß es einmal mehr nicht gelungen ist. dauerhafte Strukturen, eine dauerhafte politische Stärke herzustellen. Die gleichen Menschen, die zum Erhalt der Hafenstraße mobilisiert werden konnten, blieben diesmal zu Hause. Sind das nun alles Arschlöcher? Unserer Meinung nach nicht.

Die Reaktionen der Szene auf die Niederlage des 29.2. waren recht verschiedenartig. Sie gingen von technokratisch (die Funkverbindungen waren nicht gut genug) über kindisch (>die [10] anderen< haben es mal wieder nicht ernst gemeint, während >wir< uns in revolutionärem Elan überschlagen haben) und naiv (die Reformisten haben uns verraten!) bis hin zu durchaus ermutigenden Stellungnahmen (Gruppe Arbeiterpolitik), die alte Gewohnheiten der Szene in Frage stellen.

Wir wollen die Sache aber grundsätzlicher angehen. Wir meinen, daß das Gegenmacht-Konzept der Szene an zwei Schwächen krankt. Die erste: obwohl daß Problem seit einiger Zeit durchaus bekannt ist, tappt die Szene immer wieder in die militaristische Falle. Die zweite: Fragen der politischen Theorie und Analyse (nicht zu verwechseln mit der bloßen Menge produzierten bedruckten Papiers) werden nicht ernst genug genommen.

DIE MILITARISTISCHE FALLE

Wir wollen hier noch mal auf die Hafenstraße zurückkommen, und zwar auf den 5.12.85. Damals hatten sich etwa 600 Menschen vor den Häusern versammelt, um sie zusammen mit denen drinnen gegen einen erwarteten Bullenangriff zu verteidigen. Die Bullen griffen nicht an, obwohl es

ziemlich sicher ist, daß sie das vorhatten.

Bei vielen ist da hängengeblieben: die Bullen haben nicht angegriffen, weil sie Schieß vor der Auseinandersetzung mit einigen hundert Militanten hatten. Folgerung: wenn wir nur militant genug sind, können wir auch gegen die Bullen gewinnen. In den nachfolgenden Diskussionen hat sich dann eine differenziertere Einschätzung durchgesetzt. Die Bullen hatten nämlich nicht nur vor anzugreifen, gleich danach sollte geräumt und abgerissen werden. Die Tricks, mit denen das durchgezogen werden sollte (genauer nachzulesen im Hafenstrassen-Buch), waren aber nicht nur außerordentlich schmierig, sondern auch nicht so ganz legal. Das alles war vorher bekannt, und selbst die [11] bürgerliche Presse kritisierte dieses Vorgehen. In dieser Situation war dem Senat in der Tat eine große Straßenschlacht ein zu großes politisches Risiko. Die Militanz allein hätte es also nicht gebracht, nur im Zusammenwirken mit anderen Faktoren konnten wir einen Erfolg erreichen. Ohne die Militanz allerdings, auch das muß klar sein, wäre die Hafenstraße damals wahrscheinlich geräumt worden. Das politische Risiko, einige dutzend Menschen aus den Häusern zu tragen wäre der Senat wohl eingegangen, selbst wenn ein Gericht diesen Schritt später für rechtswidrig erklärt hätte.

Leider hat sich diese Einschätzung nicht in allen Köpfen so richtig durchgesetzt. Nach der vorläufigen Beendigung der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße machte sich der Senat - wie nicht anders zu erwarten - daran, das auf der Straße verlorengewonnene Terrain zurückzugewinnen. Durch massive Vorkontrollen und die Drohung, jede Demo auseinanderzuhauen, wenn die vom Staat vorgegebenen Bedingungen nicht eingehalten würden, gelang das sowohl bei der Palästina-Demo als auch bei der Demo zur Freilassung von Ulla und Ingrid. In dieser Situation wurde die Mittelamerika-Demo vorbereitet. Dabei sollten unsere Kampfbedingungen hier gleichberechtigter Schwerpunkt der Mobilisierung sein. Und mit der Art und Weise, wie das angegangen wurde, tappte die Szene in die militaristische Falle. Die Gegenmacht auf der Straße wurde gleichgesetzt mit einem großen Block Behelmer. Aus den Erfahrungen bei Auseinandersetzungen auf der Straße in den letzten Jahren hätte aber klar sein müssen, daß wir gegen die militärische Übermacht der Bullen flexibel vorgehen müssen. Wir werden darauf gleich noch näher eingehen.

[12] Der politische Fehler war, davon auszugehen, daß sich das Kräfteverhältnis aus der Hafenstrassenmobilisierung einfach so für die nächsten Kämpfe konservieren läßt. Dabei wurde zum einen die Erfahrung von 5.12.85 vergessen, daß nämlich die militante Stärke der Szene allein nicht ausreicht. Zum andern ging die Szene - hier kommen wir wieder zur Ghetto-Mentalität - davon aus, daß sich viele Menschen vom Thema >EG-Intervention in Mittelamerika< mobilisieren lassen würden. Weil das Thema ja wichtig ist und die EG-Politik zur Zeit so viel diskutiert wird. Die Erfahrungen der internationalistischen Mobilisierungen der vergangenen Jahre wurden nicht beachtet.

Das Ergebnis ist bekannt: die Szene stand ziemlich alleine da, es gelang nicht, eine geschlossene Demonstration durchzuführen. So weit, so schlecht. Wir wollen aber nicht bei Klugscheißerei nach dem Motto "hätte man...wäre damals" stehenbleiben, sondern der Sache auf den Grund gehen. Beginnen wir damit zu überlegen, was Gegenmacht eigentlich ist. In Szene-Betrachtungen reduziert sich der Begriff meist auf unsere militante Stärke auf der Straße. Hinzu kommt noch eine diffuse Vorstellung von der Gegenmacht im Stadtteil, auch meist reduziert darauf, daß die Bullen da nicht reinkönnen. Wir dagegen sind der Ansicht, daß die Frage der Gegenmacht vor allem die Frage nach der Verankerung unserer Kämpfe im Proletariat ist. Dazu werden wir später noch mehr sagen.

Bleiben wir zunächst mal bei unserer Stärke als Bewegung auf der Straße. Denn die ist natürlich auch notwendig, wenn wir uns hier durchsetzen wollen. Um aber eine realistische Einschätzung unserer heutigen Stärke auf der Straße zu gewinnen, ist es notwendig, einen Blick in die Geschichte der revolutionären Linken in der BRD zu tun.

Erst Mitte der 60er Jahre begannen Demonstranten wieder, sich gegen Übergriffe der Bullen zu wehren und Symbole des Kapitalismus und Imperialismus anzugreifen. Vorher hatte das politische Kräfteverhältnis das nicht erlaubt. Bei den großen Demos gegen die Wiederaufrüstung ging die Gewalt nur von den [13] Bullen aus. 1951 wurde ein Kommunist erschossen, als die Bullen eine

Demo auflösen. 1961 wurden in Berlin 1000 Kommunisten in Vorbeugehaft genommen, bevor Kennedy die Stadt besuchte. Die Ostermärsche mußten damals auf dem Land stattfinden, weil es in der Stadt verboten war, Transparente zu tragen. Parolen durften auch auf dem Land nicht gerufen werden. Bei politischen Veranstaltungen meldeten sich die Spitzel ganz offiziell an und bekamen einen Platz zugewiesen.

Als sich Ende der 60er Jahre dann das politische Kräfteverhältnis grundlegend änderte, gewann die Bewegung auf der Straße an Stärke. Verschiedene politische Gruppen versuchten dann, sich für den Kampf gegen die Bullen zu organisieren. Der Bullenapparat war damals noch weit weniger als heute auf solche Auseinandersetzungen eingerichtet. Statt Helm wurde die weiche Mütze getragen, Plastikschilder waren noch unbekannt und die Wasserwerfer ähnelten eher fahrbaren Duschen. Der Straßenkampf wurde von Beginn an von den damals entstehenden zwei großen Strömungen der revolutionären Linken geführt: den autonomen Gruppen (oder Spontis, wie es damals hieß) und den >K-Gruppen<.

Beide Strömungen waren damals besser organisiert als es die Szene heute ist. Die Punkte der Konfrontation waren nicht abhängig von Lust, Laune und Bewegungskonjunktur. Sie wurden nach politischen Kriterien bestimmt. Wir können hier nicht die Geschichte des Straßenkampfes der letzten 20 Jahre aufarbeiten, daher wollen wir nur ein paar Stichworte geben. Die Frankfurter Autonomen stellten in den 70ern die >Putzkolonnen< auf. Dort organisierten sich Leute, die sich auf den Kampf mit den Bullen vorbereiteten. Trainiert wurde im Wald mit erbeuteten Bullenausrüstungen. Ein entscheidender Unterschied zu heute ist, daß die >Putzkolonnen< in der Lage war, andere zu schützen, die sich den Kampf mit den [14] Bullen nicht zutrauten. Der Block der Behelmteten dagegen ist heute bestenfalls in der Lage, sich selbst zu schützen. Das die >Putzkolonnen< nicht aufflog, ist auf die besseren politischen Strukturen der Bewegung damals zurückzuführen und darauf, daß es eine Verankerung in den Massen gab. Die Szene bemühte sich damals im Häuserkampf nämlich um eine weit über ihren Umkreis hinausgehende Organisation (Mieterinitiativen etc.) und hatte damit teilweise auch Erfolg.

Die >K-Gruppen< stellten in den Kämpfen um die AKW-Bauplätze 1977-79 fest organisierte Gruppen. Darin hatte jede/r eine Aufgabe. Die so organisierten Gruppen konnten den Bullen weit mehr entgegensetzen als wir in Kleve.

Es geht uns jetzt nicht darum darüber zu klagen, daß in der guten alten Zeit alles besser war. Es ist uns auch durchaus klar, daß die damaligen Strukturen vielfach autoritär und nicht frei von Macho-Gehabe waren. Wir wollen auf Folgendes hinaus: wenn wir von Gegenmacht auf der Straße reden, dann ist es wichtig festzustellen, daß diese Gegenmacht in den 70er Jahren auf qualitativ höherem Niveau bestanden hat.

Die revolutionäre Linke war damals weit weniger auf die Konjunktur der Bewegung angewiesen, weil sie eine ausreichende eigene organisatorische Stärke hatte - eine Stärke, die uns fehlt. Eine dauerhafte Gegenmacht auf der Straße setzt eine dauerhafte Organisation voraus.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie zähflüssig die Diskussionsprozesse sind, wenn sich mehrere Gruppen auch nur für eine Aktion zusammentun wollen. Meist läuft in der Aktion dann doch alles anders als geplant, und die Aktionseinheit fällt hinterher auseinander. Bei der nächsten Aktion müssen dann wieder alle von vorn anfangen. Das ist nicht nur eine ungeheure Verschwendung von Zeit und Energie. Solange dieser desorganisierte Zustand andauert, wird es uns nie gelingen, eine dauerhafte Gegenmacht auf der Straße aufzubauen.

[15] Seit Ende der 60er Jahre wurde der Polizeiapparat extrem aufgerüstet. Auch die Taktik hat sich verändert, die Bullen versuchen, aus ihren Einsätzen zu lernen. Wichtig daran ist uns zweierlei. Ein Berliner Polizeioffizier äußerte mal, um eine Versammlung von 1000 Menschen unter Kontrolle zu halten, bräuche man 2 Mann mit einem Maschinengewehr, 20 mit Gewehren oder 200 mit Gummiknüppeln. Der Staat wählt, trotz der höheren Kosten, den letzteren Weg. Das hat mit Humanität nichts zu tun. Es handelt sich um die Form der Repression, die die Bourgeoisie in nichtrevolutionären Situationen für zweckmäßig erachtet, und zwar zunehmend auch in offenen Diktaturen. Um es mit den Worten des guatemaltekischen Innenministers auszudrücken: wozu soll man Gewerkschafter erschießen, es reicht doch, sie zu verprügeln.

Das bedeutet, daß den Bullen bei ihren Einsätzen gegen uns politische Grenzen gesetzt sind. Das gibt uns einen Spielraum, den wir ausnützen können.

Außerdem hat der Apparat Probleme, die er nie ganz lösen kann, weil sie eine Folge seiner Struktur und Funktion sind. Die Bewegungen der Bullen sind schwerfällig, weil sie in großen Einheiten und zentral gelenkt operieren müssen. Wenn sie von Entwicklungen überrascht werden, kommen sie nicht mehr klar. Die größten Erfolge bei militanten Demos wurden da erreicht, wo wir die Bullen überraschen konnten. Das gilt etwa für die ersten beiden Brokdorf-Demos 1976. Bei der ersten wurde der Bauplatz überraschend besetzt. Zwei Wochen später, der Bauplatz war bereits zur Festung ausgebaut, gerieten die Bullen noch einmal ernsthaft in Bedrängnis. Im Polizeibericht heißt es: "Gegen 19 Uhr wurde die Lage der eingeschlossenen Polizeikräfte kritisch". Die hatten nämlich all ihr Tränengas verballert (über 1500 Granaten) oder mit Wasserwerfern verschossen. Nachschub mußte aus anderen Bundesländern eingeflogen werden. Inzwischen waren schon mehrere Löcher im Zaun. Da es aber Nacht wurde, gingen die meisten Leute von selber nach Hause, die Bullen konnten aufatmen. Sie marschierten dann raus und vertrieben den Rest.

[16] Bei der Rekrutenvereidigung in Bremen 1980 hatten die Bullen einfach nicht mit so vielen Militanten gerechnet. Sie waren mit so schwachen Kräften vor Ort, daß sie mit Mühe den Eingang zum Stadion halten konnten. So wurde vor dem Stadion stundenlang gekämpft - wobei die Bullen oft ziemlich schlecht aussahen und zwei Bundeswehrfahrzeuge gingen in Flammen auf.

Es wird immer wieder vorkommen, daß der Staat die Dynamik politischer Bewegungen falsch einschätzt und daher falsch reagiert. Das war zum Beispiel Pfingsten 86 in Wackersdorf der Fall. Wenn es ihm allerdings gelingt, seine hochgerüsteten und militärisch organisierten Bullenhorden frontal gegen uns einzusetzen - wie 86 in Kleve - bleibt uns nur der beschleunigte Rückzug.

Beim Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld 1983 haben die Demo und die anschließenden Aktionen gegen das deutsch-amerikanische Freundschaftsfest die Bullen völlig durcheinandergebracht. Sie konnten zwar haufenweise Leute festnehmen, verprügeln und durch die Straßen hetzen, aber überall formierten sich neue Gruppen. Dabei hatten diejenigen die besseren Karten, die nicht in Leder und mit Helm, sondern >in Zivil< erschienen waren. Die Bullen, die das Freundschaftsfest nicht übermäßig stören durften, konnten sie nämlich nicht von den Festteilnehmern und Passanten unterscheiden. Diese Menschen und Gruppen waren aber trotzdem im entscheidenden Moment handlungsfähig: als die Bullen in ihrer grenzenlosen Dämlichkeit den Konvoi mit Bush, Genscher und Co. an mehreren Gruppen von Demonstranten vorbei leiteten. Das Ergebnis ist bekannt: ein Hagel von Steinen und anderen Wurfgeschossen sorgte für eine würdige Begrüßung des Staatsgastes. Was zeigt, daß wir auch gegen überlegene Polizeikräfte handlungsfähig bleiben können - auch dann, wenn es nicht möglich ist, eine geschlossene Demo durchzusetzen (ein solcher Versuch von etwa 1000 Autonomen und Antiimps war vorher zerschlagen worden). Es ist dann entscheidend, daß für die Bullen nicht klar erkennbar ist, wer dazugehört und wer nicht. Wenn sich verschiedene Gruppen an verschiedenen Orten formieren müssen, weil das nur dort möglich ist, wo die Bullen nicht darauf vorbereitet sind, und wenn Demos sich oft auflösen und neu formieren müssen, weil sie den Angriffen [17] der Bullen nichts entgegensetzen können, dann ist es entscheidend, sich wie der Fisch im Wasser bewegen zu können. Wer verdächtig aussieht, den kassieren die Bullen bei solchen Gelegenheiten oft einfach ein, da fällt denen immer eine Ausrede ein. Immer ist es für die Bullen leichter, solche Gruppen zu erkennen und auseinanderzuhaufen.

Und das war die militaristische Falle vom 29.2.: die Taktik war auf eine offene Konfrontation ausgerichtet, jedenfalls war sie nur dafür gut. Die Behelmteten haben sich bewegt wie Elefanten im Porzellanladen und deshalb die Bullen angezogen wie ein Magnet. Eine offene Konfrontation können wir aber bei unserer momentanen Stärke nur in einer politisch und zahlenmäßig starken Demo führen. Die Mittelamerika-Demo war keins von beidem.

Es war klar, oder es hätte zumindest klar sein müssen, daß das politische Kräfteverhältnis eine offene Konfrontation nicht erlaubt. Internationalistische Mobilisierungen in Hamburg waren schon immer schwach, ob es nun gegen den Özal-Besuch oder die israelische Invasion im Libanon, für die Forderungen der nordirischen Hungerstreikenden oder gegen den israelischen Terror in Palästina

ging. Nur wenn die Yankees irgendwo einmarschieren oder angreifen, werden es mehr (3000 nach der Grenada-Invasion 1983, 5000 nach dem US-Angriff auf Libyen). Die meisten demonstrieren moralischen Protest, der proletarische Internationalismus ist hier kaum verankert. Nun anzunehmen, daß ausgerechnet bei einem so spröden Thema wie >EG-Intervention in Mittelamerika< die Volksmassen uns zuströmen würden, ist einigermaßen wirklichkeitsfremd. Dazu kam die Tatsache, daß eine Auseinandersetzung mit den Bullen zu erwarten war. Das heißt nicht, wir hätten zu Hause bleiben sollen. Aber in dieser Situation die >Machtfrage< so laut zu stellen war falsch. Dadurch, daß die offensive Vermummung so laut in die Welt trompetet und zum Bestandteil des Demokonzepts gemacht wurde, war die Linie der Konfrontation vorgegeben - und zwar zu unserem Nachteil.

Wir sind hier in Hamburg einer spezifisch sozialdemokratischen Variante der Repression ausgesetzt. Die SPD versucht zu beweisen, daß man auch ohne neue Gesetze mit jeglichem Widerstand fertig werden kann. Die Bilder der Hafestraßendemos mit dem großen Block der Behelmtten haben bundesweit den Eindruck erweckt, die SPD könne (oder wolle) die Chaoten nicht in ihre Schranken weisen. Diesen Eindruck mußte der Senat wegbekommen, und vor [18] diesem Hintergrund ist die Taktik der Bullen hier in den letzten Monaten zu sehen.

Die SPD wollte der Bourgeoisie beweisen, daß sie der Szene nicht nur Zuckerbrote reichen, sondern auch mit der Peitsche umgehen kann.

Und hier kam den Bullen das momentane Bewegungstief zugute. Der Vertrag vom 19.11. hat die Dynamik der Hafestraßenmobilisierung vorerst beendet. Es ist eben nicht gelungen, der Bewegung eine Kontinuität zu geben und sie auf andere Themen zu orientieren.

Auf den Plakaten zur Mobilisierung stand "Keine Drohung kann uns aufhalten". Leider entspricht dieser vollmundige Spruch nicht dem tatsächlichen Bewußtseinsstand der Szene. Die Gewalt der Bullen schreckt eben doch ab. Die meisten Menschen, die zu unseren Demos kommen, sind nicht in politische Strukturen eingebunden und nehmen auch an den Diskussionen nicht teil. Sie kämpfen aus ihrem Haß auf das System, nicht aber aus einer revolutionären Perspektive heraus. Die Kriterien, nach denen sie sich mobilisieren lassen, sind eher von diffusen und unberechenbaren Gefühlen bestimmt als von rationalen Überlegungen oder den Diskussionen der Szene. Ohne diese Menschen sind wir aber nicht genug für eine offene Konfrontation. Für uns folgt daraus zweierlei: einmal natürlich das wir diese Menschen - die ja ein revolutionäres Potential bilden - erreichen müssen. Damit sind wir beim Thema Organisation und Agitation. Wir kommen später wieder darauf zurück. Da die Organisation aber Zeit braucht und wir in der Zwischenzeit nicht zu Hause bleiben wollen, müssen wir ins ein paar Überlegungen machen, wie wir mit den vorhandenen Kräften arbeiten können.

Wie erwähnt, sind dem Vorgehen der Bullen politische Grenzen gesetzt. Sie können zum Beispiel nicht einfach in eine Demo reinballern. Auch Massenfestnahmen wie beim >Hamburger Kessel< sind politisch umstritten und können nicht beliebig angewandt werden. Konkret: wenn sich eine Demo von mehr als 5000 durch die Stadt bewegt und sie politisch geschlossen genug ist, um sich nicht beim ersten Angriff der Bullen sofort aufzulösen, dann ist es für die Bullen kaum möglich, sie auseinanderzutreiben. Mit ihrer militärischen Überlegenheit könnten die Bullen sie zwar aufspalten, hätten dann aber zwei Demos mit 2500 oder fünf mit 1000 aufgebrachten Teilnehmern. Damit haben sie nichts gewonnen, im Gegenteil, und das wissen sie auch. Sie konzentrieren sich meist auf Schadensbegrenzung und warten, bis die Demo sich von selbst auflöst. So war das beispielsweise bei der Brokdorf-Demo am 3.2.81. Die lief mit 20000 Menschen auf verbotener Route, das Atlantic-Hotel wurde so weit wie möglich entglast und >1000 Töpfe< geplündert. Trotzdem griffen die Bullen nicht frontal an, sondern versuchten nur, die Demo von der Mönckebergstraße fernzuhalten.

[19] Noch ein Jahr zuvor, beim Strauß-Besuch 1980 in Hamburg hatten die Bullen die Demo aufgespalten. Die Folge war, daß sie auf mehreren Seiten der Absperrung angegriffen und in weitem Umkreis Barrikaden gebaut wurden. Die Bullen waren daraufhin ziemlich desorientiert und reagierten mit Brutalität. Dabei wurde Olaf Ritzmann vor sie S-Bahn getrieben, er starb einige Tage später.

Der letzte, der versucht hat, eine Demo von dieser Größenordnung aufzuspalten, war Pawelczyk. Sein militaristischer Dickschädel hatte wohl bei einigen Einsatzbesprechungen auf Durchzug geschaltet. Das Ergebnis des 20.12. war dann ja bekanntlich kein Ruhmesblatt für die Bullen. Bei den folgenden Hafenstraßen-Demos haben sie das dann nicht mehr versucht. Dies ist nebenbei bemerkt ja auch der Hauptwiderspruch der >Polizeipraktiker< gegen das Vermummungsverbot. Sie wissen ganz genau, daß sie in bestimmten Situationen ein gewaltiges Chaos anrichten werden, wenn sie jeden Vermummten angreifen müssen.

Wenn also zu erwarten ist, daß an einer Demo mehr als einige tausend Menschen teilnehmen werden, dann ist es durchaus sinnvoll, sich den eigenen Absichten entsprechend auszurüsten und einen festen Block zu bilden. Ein solcher Block ist dann in der Lage, den Bullen etwas entgegenzusetzen. Er kann auch die anderen Demoteilnehmer schützen.

Es ist hoffentlich klar, daß es uns hier nur um die taktische Seite geht. Inwieweit ein militantes Vorgehen politisch sinnvoll ist, ist dann immer noch eine andere Frage.

[20] Bei kleinen Demos dagegen ist es für die Bullen eher sinnvoll, eine Formierung gar nicht erst zustande kommen zu lassen. Wenn die Demo angemeldet oder angekündigt ist, dann sind die Bullen vorbereitet und uns militärisch und inzwischen meist auch zahlenmäßig überlegen. Die offene Konfrontation ergibt da wenig Sinn für uns. Wenn wir also, wie zum 29.2. geschehen, öffentlich ankündigen, daß wir uns in der Wohlwillstraße mit Ausrüstung sammeln, sollte es uns wenig wundern, das die Bullen es uns gleichtun. In der bei solchen Gelegenheiten folgenden Auseinandersetzung haben wir dann keine Chance, zumal die tatsächliche Entschlossenheit fast immer hinter den vorher geklopften Sprüchen zurückbleibt. Was dann am 29.2. geklappt hat, war die spontane Formierung von Demozügen mit einigen hundert Leuten. Die mußten sich wegen der massiven Überlegenheit der Bullen zwar ein paar mal auflösen, fanden sich aber immer wieder zusammen. Nun ist es gefühlsmäßig sicher recht unbefriedigend, immer nur vor den Bullen wegzulaufen. In manchen Situationen ist es aber dennoch die einzige Möglichkeit, überhaupt etwas außer einer Platzwunde zu erreichen. Es hat sich bei solchen Gelegenheiten auch immer wieder gezeigt, daß dem Vorgehen der Bullen gegen solche Demos politische Grenzen gesetzt sind. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: als der Demozug am 29. 2. eingekesselt wurde, wurden nicht etwa alle festgenommen, sondern der Kessel wurde nach 20 Minuten wieder aufgehoben. Die Demo konnte sich neu formieren. Der schwerfällige Apparat tut sich darüber hinaus ungeheuer schwer, mit kleinen, beweglichen Demozügen fertig zu werden. Der Funkverkehr der Bullen zeigt, daß dort das Chaos herrscht. Angriffe auf die Bullen, wenn die Situation günstig ist, können natürlich auch laufen. Die Erfahrung zeigt jedenfalls, daß so ein Vorgehen die einzige Möglichkeit ist, wie verschiedene Gruppen und die Masse der Unorganisierten zusammen etwas auf die Beine kriegen können. Und es hat sich auch gezeigt, daß viele sich an solchen Demos [21] beteiligen.

Die Aufforderung dagegen, den Abend nach dem Motto >ihr habt die Macht, aber wir haben die Nacht< zu nutzen, ist absolut überflüssig. Diejenigen nämlich, die zu sowas in der Lage sind und es wollen, brauchen die Aufforderung nicht. Und die anderen gehen ohnehin nach Hause, egal wie oft sie aufgefordert werden, das nicht zu tun. Jegliches Gejammer darüber, daß >die anderen< es nicht ernstmeinen, geht an den politischen Realitäten vorbei - auch wenn es aus persönlichem Frust verständlich ist. Die Zufälligkeit und Beliebigkeit der Nacht-und-Nebel-Aktionen ist nichts weiter als der logische Ausdruck der Zersplitterung und Perspektivlosigkeit der Szene. Somit läßt sich das Problem auch nicht mit Appellen in der Art >ihr müßt euch mehr anstrengen< lösen. Wer nach einer zerschlagenen Demo am Küchentisch sitzt, für den/die spielt eben nicht nur die Wut eine Rolle, sondern ebenso die Angst und der oft berechtigte Zweifel daran, ob die geplante Aktion überhaupt was bringt. Es hängt dann von Stand in den jeweiligen Gruppen und auch noch von allerlei Zufällen ab, was in so einer Nacht läuft.

Eine weitere Möglichkeit steht uns natürlich offen: die überraschende, nicht öffentlich angekündigte Demo. Da liegen große Chancen drin, sowohl was die Propaganda als auch was die direkte Aktion betrifft. Bei den bestehenden Strukturen der Szene ist es mit dem >nicht-öffentlich< aber so eine Sache. Oft kriegen die Bullen doch was mit. Auch hier gilt deshalb: Organisation ist die Voraussetzung, sowas als wirksame Aktionsform einzusetzen.

[22] Es geht uns schon lange auf den Geist, daß nach jeder erfolgreichen militanten Demo die Szene sich für stark genug hält, die Bullen zu besiegen, während nach jeder zerschlagenen Demo ein monatelanges Wehklagen ausbricht und sich ein halbes Jahr lang niemand mehr auf die Straße traut. Wir können uns natürlich weiter auf die Dummheit der Bullen verlassen, die uns über kurz oder lang schon wieder den nächsten Erfolg ermöglichen wird. Wir können auch darauf warten, daß das nächste AKW platzt und uns wieder zu einem Bewegungshoch verhilft. Wir sind allerdings der Ansicht, daß es durchaus möglich ist, eine starke Bewegung auf der Straße aufzubauen - auch in einer nichtrevolutionären Situation. Aber wir müssen dann einige politische Kriterien beachten, und die Szene muß sich von einigen liebgewordenen Gewohnheiten trennen. Um diese Kriterien aus unserer Sicht noch einmal zusammenzufassen:

- Eine dauerhafte und feste Organisation ist die Voraussetzung für eine dauerhafte, von der Konjunktur der Bewegung unabhängige Gegenmacht auf der Straße.
- Da die Bullen uns militärisch immer überlegen, ihrem Vorgehen gegen uns aber politische Grenzen gesetzt sind, muß die Konfrontation bei unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnissen auch unterschiedlich geführt werden.
- Es ist nur für große Demos sinnvoll, sich für eine offene Konfrontation mit den Bullen auszurüsten.
- Für alle Demos, deren Zerschlagung wir nicht verhindern können, ist eine Taktik der kleinen, beweglichen Demozüge angesagt, die die Schwächen des Apparats (Schwerfälligkeit und mangelnder Durchblick) ausnützt.

Nun halten wir uns keineswegs für besonders genial, daß wir das herausgefunden haben. Es wundert und ärgert uns im Gegenteil, daß immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Zum Teil liegt das sicher am ungenügenden Organisationsgrad der Szene. Zwei andere Punkte, auf die wir hier noch kurz eingehen wollen, spielen aber auch eine Rolle.

[23] Einmal ist die da Sturmhaube, sie ist das Symbol und Erkennungszeichen der Szene. Für viele ist sie sogar zu einem Stück Identität geworden. Bisweilen führt das zu absurden Szenen: Während der Barrikadentage an der Hafenstraße sind einige selbst zum Brötchenholen nur mit Sturmhaube gegangen. Für viele ist die Vermummung Ersatz für die politische Identität geworden. Nun geben 1000 Behelmsleute auf einer Demo sicher ein imposantes Bild ab. Letztlich kommt es aber doch auf die Köpfe an, die unter den Helmen stecken. Und wir meinen, daß die äußere Einheitlichkeit eine innere Einheit vortäuscht (vortäuschen soll?), die gar nicht vorhanden ist. Und gerade deshalb werden diese Äußerlichkeiten zu wichtig genommen.

Auch der zweite Punkt hängt mit der Vermummung zusammen. Er betrifft unser Verhältnis zum Risiko. Die Szene zeichnet sich dadurch aus, daß sie bei ihren Aktionen oft große persönliche Risiken eingeht - und das ist gut so. Gleichzeitig gibt es aber bei jeder/m von uns einen Widerspruch zwischen theoretischem Anspruch und politischer Praxis. Das ist auch kein Wunder, dieser Widerspruch kennzeichnet jede revolutionäre Bewegung. Es gilt, damit vernünftig umzugehen. Was nun die Vermummung betrifft, so soll sie das Risiko mindern, uns also vor Bullenprügeln und Identifizierung schützen. Dieses Recht, uns vor Bullenangriffen, geheimdienstlicher Schnüffelei und Kriminalisierung zu schützen, müssen wir politisch und auf der Straße verteidigen. Es gibt aber Situationen, wo beispielsweise ein Helm mehr gefährdet als nützt. Wir halten es für notwendig, mit dem Problem der Vermummung taktisch umzugehen, also von Fall zu Fall nach politischen Kriterien zu entscheiden, was sinnvoll ist. Die Vermummung muß den Charakter der Selbstdarstellung verlieren. Das gilt, nebenbei bemerkt, auch für die Kleidung bei Demos. Es ist bei manchen Gelegenheiten einfach angesagt, unauffällig gekleidet zu erscheinen. Leider gibt es eine ganze Reihe von Leuten, denen das offensichtlich nicht möglich ist - unserer Ansicht nach weil ihnen die Selbstdarstellung ihrer unangepaßten Persönlichkeit wichtiger ist als das politische Ziel.

Im Überwachungsstaat BRD gibt es kaum politisch Aktive, die Polizei und Geheimdiensten unbekannt sind. Für uns folgt daraus, daß es nicht notwendig ist, sich bei allen politischen Aktivitäten zu verstecken. Es kann politische Ziele geben, die wichtiger sind. Beispielsweise eine

Demo zu formieren. Hinterher können wir uns dann immer noch die Hauben überziehen. Wir haben uns hier lang und breit mit der Frage der Gegenmacht auf der Straße beschäftigt, weil wir das Thema für wichtig halten und auch weil wir selber auf diesem Gebiet ausgiebig tätig waren. Wir haben zu Anfang betont, daß die Frage der Gegenmacht in erster Linie eine politische Frage ist, genauer gesagt eine Frage der Organisation. Das haben wir nicht vergessen, wir kommen darauf aber erst im übernächsten Abschnitt zurück. Zunächst soll es um den proletarischen Internationalismus gehen.

[interim Nr. 27, 04.11.1988]

[redaktionelle Vorbemerkung]

[24] PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS

Der Begriff des proletarischen Internationalismus taucht in Szene-Veröffentlichungen recht häufig auf. Darin spiegelt sich das Bewußtsein, daß revolutionäre Veränderungen und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf Dauer nur international, ja weltweit möglich sind. Leider wird der Begriff selten einmal definiert. Stattdessen taucht die außerordentlich platte Vorstellung von der Gleichzeitigkeit der Kämpfe auf. Selbige soll zu einer Stärkung der weltrevolutionären Bewegung geführt haben. Wir glauben, daß dem nicht so ist. Die Szene macht beim Umgang mit internationalistischen Fragen den gleichen Fehler wie bei der Analyse der BRD-Wirklichkeit. Der Klassenstandpunkt, das A und O jeder revolutionären Anstrengung, wird kaum berücksichtigt. Analysiert wird nicht nach der Methode des Marxismus-Leninismus, sondern mit einer Mischung aus Wunschvorstellungen und Halbwissen.

"wenn wir betonen: unsere situation und die aller vom Imperialismus unterdrückten menschen und völker, dann nicht nur, weil revolution, der prozeß dahin, nur weltweit laufen kann, sondern weil das genau der zusammenhang ist, angesichts einer entwicklung, in der die front gegen das imperialistische ungeheuer vom sturz des schah bis zum aufstand in kwang-ju und in den metropolen selbst: ob nun miami, zürich oder hier, breiter und stärker wird..." (aus dem Aufruf zur antiimperialistischen Aktionswoche Juli 1980 in Hamburg).

Sechs Jahre später hieß es dann: >Libyen, Brokdorf, Hafenstraße - einig im Kampf um Befreiung<

Damals wie heute wurden die Kämpfe nicht auf ihren Klassencharakter untersucht, damals wie heute stand die Entscheidung vor der Tür, damals wie heute wurde >die Bewegung< ständig stärker, damals wie heute fehlte jede konkrete Vorstellung, wie das >Zusammenkommen< mit den Revolutionären anderer Länder tatsächlich aussehen kann. Es genügt eben nicht, Nachrichten zu gucken, Zeitungen zu lesen, dann für jeden Ort, wo gekämpft wird, ein rotes Fähnchen auf die Landkarte zu stecken und daraus eine weltweite Front gegen den Imperialismus zu machen.

[25] Die Menge verschossener Patronen oder geworfener Steine ist eben noch kein Gradmesser für die Stärke von Kämpfen. Ebenso falsch ist es, jedem Kampf - sofern er sich nicht gegen die UdSSR richtet - den Stempel >Befreiung< aufzudrücken, unabhängig von den subjektiven Zielen der Kämpfenden. Befreiung klingt immer gut, außerdem glaubt jede/r, zu wissen, was damit gemeint ist. Das Problem dabei ist, daß sich die Vorstellungen von Befreiung ganz gewaltig unterscheiden können: ein libanesischer Hizbullahi wird ziemlich genau das Gegenteil darunter verstehen als wir.

Wir sind der Ansicht, daß eine Analyse der internationalen Klassenkämpfe auch eine ökonomische Analyse beinhalten muß. Werden alle Aspekte berücksichtigt, so zeigt sich ein von Widersprüchen geprägtes, sehr labiles Kräfteverhältnis. Wir können hier nicht die Lage der Welt auf ein paar Seiten erörtern. Auf eine, uns besonders wichtig erscheinende widersprüchliche Tendenz im internationalen Kräfteverhältnis wollen wir aber doch eingehen: auf den islamischen Fundamentalismus.

Hier handelt es sich um eine im Kern reaktionäre Ideologie, auch wenn sie manchmal im

sozialrevolutionären Gewand daherkommt. Aber das haben die Nazis auch drauf gehabt. Diese politische Tendenz ist wichtig, sie hat eine politische Revolution im Iran durchgeführt und in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens wenigstens teilweise den Platz eingenommen, den vor 15 Jahren noch die Linke inne hatte - auch wenn es verschiedene Einschätzungen darüber gibt, wie stark die Fundamentalisten in den einzelnen Ländern tatsächlich sind. Wenn die Fundamentalisten gegen die Yankees kämpfen, dann tun sie das, um eine reaktionäre religiöse Diktatur zu errichten. Ihr Begriff von Befreiung ist unserem entgegengesetzt.

Der Aufstieg des Fundamentalismus zeigt, daß es keinen bruchlosen, geraden Weg zur Weltrevolution gibt. Die verelendeten Schichten in den arabischen Ländern wenden sich nicht automatisch der Linken zu. Aufgabe proletarischer InternationalistInnen wäre es, den Klassencharakter dieser Bewegung, ihre sozialen und psychologischen Wurzeln zu untersuchen und ihren politischen Stellenwert im internationalen Klassenkampf zu bestimmen. Stattdessen wird die Bewegung für unwichtig erklärt oder, noch schlimmer, ins weltweite Lager der >Befreiung< eingeordnet.

[26] In einem Interview mit einem Genossen aus der RAF heißt es dazu: "die Inhalte, um die es in den islamisch-fundamentalistischen Bewegungen geht, haben mit uns, mit unserer politik, nicht viel zu tun. man muß hier die objektive Wirkung ihrer kämpfe begreifen." Zur Entführung der TWA-Maschine durch eben diese Fundamentalisten hieß es: "die aktion, die forderungen waren politisch richtig und stark, sie haben den aktuellen imperialistischen projekten im libanon einen strich durch die rechnung gemacht, den us-imperialismus und israael ins zentrum der konfrontation gerissen und gezeigt, daß 'der us-imperialismus strategisch ein papiertiger ist.'" Diese Herangehensweise ist falsch. Die TWA-Entführung war von der Linken in Palästina und im Libanon scharf kritisiert worden, weil sie den imperialistischen Projekten eben keinen Strich durch die Rechnung macht, sondern im Gegenteil vom Kampf des palästinensischen Volkes ablenkte und dem bourgeoisen Flügel der schiitischen Bewegung um Berri die Möglichkeit gab, sich als antiimperialistisch zu profilieren. Dies ist die eine Sache: wir brauchen nicht immer mit den Ein- [27] schätzungen ausländischer Genossinnen übereinzustimmen, dort wo wir aber nicht die Möglichkeit oder den Willen haben die Lage selbst zu analysieren (der Genosse gab selbst an, über die Kämpfe im Libanon "nichts genaues" zu wissen) sollten wir uns eher auf die Einschätzungen derjenigen politischen Kräfte aus der Region beziehen, die uns nahestehen, als uns an rein militärischen Kategorien zu orientieren. Hinzu kommt die Frage der revolutionären Moral. Die TWA-Entführung machte Menschen zum Objekt der Gewalt, deren einziger Fehler es war, zur falschen Zeit im falschen Flugzeug gesessen zu haben. Dies ist genau die Position, in die das kapitalistische System die Menschen tagtäglich bringt. Es kann daher nicht Aufgabe von Revolutionären sein, Menschen aufgrund ihrer Nationalität oder ähnlicher Belanglosigkeiten als Geiseln zu nehmen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß es Phasen im internationalen Klassenkampf gibt, in denen andere Argumente dem entgegenstehen. Gerade in der BRD, wo die Entführung der 'Landshut' 1977 derartig katastrophale politische Folgen für die revolutionäre Linke hatte, sollte aber wenigstens ein Bewußtsein über die Problematik von Flugzeugentführungen bestehen.

Die Zersplitterung der Kräfte des Imperialismus als Strategie im internationalen Klassenkampf wurde in den 60er Jahren in Lateinamerika entwickelt und von Che auf die Formel 'schafft zwei, drei, viele Vietnams' gebracht. Damit war aber nicht gemeint 'schafft zwei, drei, viele Bürgerkriege' oder gar 'ballert, was das Zeug hält'. Es ging um eine gemeinsame Strategie der revolutionären Linken. Und wenn wir sagen, daß die Revolution in jedem Land einen anderen Charakter haben wird, so darf das nicht heißen, daß es keine gemeinsamen Maßstäbe gibt. Ohne solche Maßstäbe kann es auch keine internationalistische Politik geben. Wenn wir von >Befreiung< reden, müssen wir auch sagen, was wir damit meinen. Es ist notwendig, zwischen Bewegungen und Staaten zu unterscheiden, die 'nur' gegen die Ausbeutung und Bevormundung durch imperialistische Staaten und Konzerne kämpfen und solchen, die außerdem noch für eine sozialistische Gesellschaft eintreten. Nur mit Letzteren können wir eine gemeinsame Strategie entwickeln, mit Ersteren sind allenfalls taktische Bündnisse möglich. Es muß also unsere Sache sein, auch Staaten wie Iran oder Panama gegen den Imperialismus zu verteidigen, ohne uns aber mit Noriega oder Khomeini in einer

Front zu sehen. Die von uns kritisierte Herangehensweise offenbart ein militaristisches Verständnis des Klassenkampfes (der ja oft auch als Klassenkrieg bezeichnet wird). Eine strikte >Gut-Böse< - Trennung in ein Lager der Befreiung und eines des Imperialismus verdeckt mehr als sie analysiert. Antiimperialistische Bewegungen können sich auch an einer (idealisierten) Vergangenheit orientieren und eine Rückkehr zu solchen Zuständen anstreben - wie die islamischen Fundamentalisten. Die proletarischen Massen kommen eben nicht von alleine auf den Kommunismus. Dazu ist die gezielte Arbeit revolutionärer Organisationen unter den Massen notwendig - und auch dann gibt es Niederlagen, Rückschritte und Brüche. Es ist also leider nicht so, daß es eine ständig stärker werdende weltrevolutionäre Bewegung gibt. Während die Verelendung immer wieder zu Revolten führt, ist nach 1979 in keinem Land mehr eine Revolution gelungen. In einigen Ländern besteht eine bewaffnete Gegenmacht, eine militärisch-politische Patt-Situation - so in El Salvador oder auf den Philippinen. In anderen Ländern wie Südafrika oder Palästina steht eine entschlossene und politisch starke, militärisch aber schwache Bewegung einer hochgerüsteten Militärmaschine gegenüber, die allein mit Waffengewalt nicht besiegt ist. Wir halten eine Revolution in nationalem Rahmen in der > 3 . Welt< aber nicht für unmöglich.

[28] Die imperialistischen Staaten wollen einen allgemeinen Krieg in der >3. Welt< weiterhin vermeiden, weil sie dessen Rückwirkung in der Metropole fürchten. Daher wurde die >low intensity<-Kriegsführung auf den Ebenen der Geheimdienste, Söldner- und Stellvertreterarmeen und Spezialeinheiten gegen Befreiungsbewegungen und fortschrittliche Staaten eingesetzt. Es hat sich gezeigt, daß die Imperialisten auf diese Weise keinen militärischen Sieg erringen können, weil es keiner ihrer Armeen gelang, eine Basis in der Bevölkerung aufzubauen. Der wirtschaftliche Aufbau dagegen kann empfindlich gestört werden.

Die politischen Manöver, mit denen revolutionären Bewegungen >demokratische< Regierungen entgegengesetzt werden, sollen wie in El Salvador oder auf den Philippinen, sind weitgehend gescheitert. Und in immer stärkerem Maß kommt es in den halbindustrialisierten Staaten (Brasilien, Südkorea) zu Massenstreiks mit politischem Charakter. In diese Länder wurden wegen der niedrigen Löhne diejenigen Produktionszweige gebracht, für die viele Arbeiter nötig sind. Jetzt ist das multinationale Kapital dort mit harten Klassenkämpfen konfrontiert.

Das entscheidende Instrument der Konterrevolution ist heute der ökonomische Druck. Die Bourgeoisie kann, weil sie den Weltmarkt beherrscht, ihre Kapitalverwertungsinteressen auch gegenüber fortschrittlichen Staaten durchsetzen. Diese müssen ihre ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen ändern. Das geht auch dort, wo die Regierungen das nicht wollen, zu Lasten der Bevölkerung. In immer stärkerem Maße gilt dies auch für die meisten >sozialistischen< Staaten und China. Durch Verschuldung bei den imperialistischen Staaten und ihren Banken, >joint ventures<, einen Abbau des Außenhandelsmonopols und eine Ausweitung der privaten Produktion und Aneignung im Innern öffnen sich diese Staaten stärker dem Kapitalismus. Wenn diese Tendenz der wirtschaftlichen Liberalisierung weitergeht, und momentan spricht nichts dagegen, wenn also die >sozialistischen< Staaten immer mehr Teil der Kapitalverwertung werden und die Arbeiter dort für kapitalistische Unternehmer Mehrwert schaffen, dann wird das schwere negative Folgen für das internationale Kräfteverhältnis haben.

Die ökonomischen Zwänge, vermittelt über den Weltmarkt, IWF, Weltbank, >Entwicklungs<- und >Hungerhilfe< haben die Verwertungsbedingungen des Kapitals in den letzten zehn Jahren verbessert und politisches Terrain gegenüber fortschrittlichen Staaten und Bewegungen zurückerobert.

Die Szene tut sich schwer, diese Zusammenhänge zu akzeptieren. Sie widersprechen nämlich der säuberlichen Einteilung der Welt in zwei Lager, wenigstens oberflächlich betrachtet. So wurde im Flugblatt zur Mittelamerika-Demo exakt das Gegenteil von dem vertreten, was die Sandinisten und FMLN/FDR sagen. Das hat die Mobilisierung nicht gerade beflügelt und es der taz erleichtert, durch die Gegenüberstellung der Positionen einmal mehr Stimmung gegen die revolutionäre Linke

zu machen. Die Sandinisten sehen sich nun einmal gezwungen, mit den Contra-Söldnern zu verhandeln und taktische Bündnisse mit kapitalistischen Staaten und der Sozialdemokratie zu suchen, um mit allen Mitteln ein Gegengewicht zur terroristischen Politik der USA zu schaffen.

Wir sind nicht die Vertreter des nicaraguanischen Außenministeriums und müssen uns nicht die außenpolitische Linie der Sandinisten zu eigen machen. Wir dürfen aber auch nicht mit verschämtem Schweigen darüber hinweggehen, als hätte da jemand was ganz Unanständiges gesagt, von dem wir es nun überhaupt nicht erwartet [29] hätten. An dieser Stelle müssen wir mal mit einem Gemeinplatz kommen: wer die Revolution in Nicaragua unterstützen will, muß sie im eigenen Land machen. Wir meinen damit Folgendes: Solange wir keine Strategie für den Kampf in nationalen Rahmen haben, können wir unmöglich eine internationalistische Strategie entwickeln.

Wir wissen, daß viele GenossInnen seit Jahren mit ausländischen GenossInnen und Organisationen arbeiten und schätzen das sehr hoch ein. Wir meinen aber dennoch, daß erst eine revolutionäre Organisation mit einer ausgearbeiteten Strategie wirksam - also über symbolische und propagandistische Solidarität hinaus - in den internationalen Klassenkampf eingreifen kann. Erst dann wissen ausländische Revolutionäre, worauf sie sich hier beziehen können. Es gibt hier noch keine revolutionäre Gegenmacht, die die Pläne der Imperialisten materiell durchkreuzen und/oder politisch unmöglich machen kann.

Und solange das so ist, muß unser Internationalismus sich auf Öffentlichkeitsarbeit, Solidaritätsdemonstrationen, materielle Unterstützung und symbolische Angriffe beschränken. Wir sollten dann diese sehr wichtigen Aufgaben ohne Illusionen angehen.

Was die imperialistischen Staaten selbst betrifft, so werden die gleichen Fehler in der Analyse gemacht. Wir meinen, daß es außerhalb des Baskenlandes und Nordirlands, wo die bewaffneten Befreiungskämpfe sich auf eine breite Basis in der Bevölkerung [30] stützen können, wo starke politische und militärische Bewegungen zusammenarbeiten, in Westeuropa keine revolutionäre Gegenmacht gibt. Das Gleiche gilt für die USA und Japan. Sowohl im Baskenland als auch in Nordirland geht es um nationale und soziale Befreiung. Das ist kein Zufall. Das nationale Element (im fortschrittlichen Sinne als Kampf gegen eine Besatzungsmacht, die die nationale und soziale Befreiung verhindert) fehlt außerhalb dieser Länder. Im übrigen Westeuropa gibt es revolutionäre Kerne, die erst die Keime der Gegenmacht sind. Die politische Entwicklung verläuft hier in unregelmäßigen, meist national oder sogar regional bestimmten Zyklen. Deren Dynamik genau zu analysieren oder gar vorauszusagen, ist noch niemandem so ganz gelungen.

Anfangen mit 1968 gab es in den westeuropäischen Staaten eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Nur in Frankreich gelang es 1968, nicht zuletzt durch das Bündnis zwischen Arbeiter- und Jugendbewegung, die Auseinandersetzungen bis zur Machtfrage voranzutreiben. Die Bewegung war aber politisch zu unentwickelt, um sich durchsetzen zu können. Anfang der 70er Jahre versuchte die Bourgeoisie, je nach nationalen Bedingungen mehr mit den Mitteln der Integration oder der Repression, den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Die Integration ließ die Hoffnungen vieler Menschen in Anpassung und Resignation erstarren, Entpolitisierung war die Folge.

In allen Ländern Westeuropas entwickelten sich damals innerhalb der revolutionären Linken drei Strömungen: die kommunistischen Parteien, die anarchistische und autonom-kommunistische Bewegung und die Guerilla. Verschieden waren die Gesamtstärke der Bewegung sowie das Kräfteverhältnis der Strömungen und ihre Beziehungen untereinander. Nur in Italien gelang der revolutionären Linken - und zwar bemerkenswerterweise allen drei Strömungen - der politische Durchbruch. Auch hier war nicht zuletzt das Bündnis zwischen Arbeiter- und Jugendbewegung entscheidend.

[31] In den zehn Jahren nach 1968 baute aber auch die westeuropäische Bourgeoisie ein konterrevolutionäres Instrumentarium auf, das mit den Mitteln des Ausnahmezustandes arbeiten

kann, ohne die bürgerliche Demokratie formal außer Kraft zusetzen. Dieses Instrumentarium wurde gegen die italienische Bewegung eingesetzt, die bereits eine Gegenmacht bildete. Die Folgen für die italienische revolutionäre Linke waren katastrophal, auch heute, nach zehn Jahren, hat sie sich nicht von diesen Schlägen erholt.

Auch die Lage in Westeuropa wird von der Szene nicht nach marxistischen Kriterien untersucht. Die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen, die unterschiedlichen Erfahrungen im Faschismus und im antifaschistischen Widerstand, die verschiedene Stärke und politische Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung werden nicht berücksichtigt. Für die Organisierung auf westeuropäischer Ebene, ob wir sie nun Front nennen oder anders, gilt das Gleiche wie für internationalistische Politik allgemein. Ohne Organisation und Strategie für die BRD kann es auch keine westeuropäische Front geben.

Wir denken, daß unsere spanischen Genossinnen von der PCE/r und der GRAPO da recht haben: die Schwäche der revolutionären Kämpfe hier kann nicht überwunden werden, solange es keine starken revolutionären Parteien gibt.

[32] UM VOM DER REVOLTE ZUR REVOLUTION ZU KOMMEN, MÜSSEN WIR VON DER SZENE ZUR ORGANISATION KOMMEN!

Wir haben uns in den bisherigen drei Abschnitten mit Fehlern und Schwächen auseinandergesetzt, die wir für Szene-typisch halten und dabei viel von >Organisation< und >Strategie< geschrieben, ohne genau zu sagen, was wir damit eigentlich meinen. Nun können wir hier nicht das Organisationskonzept und die revolutionäre Strategie auf den Tisch legen. Wir meinen aber, daß die Grundlage aller Überlegungen in diese Richtung - nu kommt's - der Marxismus-Leninismus sein muß. Und der wird in der Szene standhaft ignoriert. Die Beschäftigung mit den >Klassikern< gilt leider immer noch als Zeitvertreib für Leute, die nichts Besseres zu tun haben. Der politische Horizont der Szene geht nicht über die Lektüre aktueller Szene-Zeitschriften, Erklärungen und Flugblätter hinaus, allenfalls reicht er noch bis zum Mai-Papier. Marx und Lenin werden zu Stichwortgebern für eine revolutionäre Phraseologie degradiert.

Das soll jetzt hier kein Schulungspapier werden. Wir wollen nur sagen, was wir am Marxismus-Leninismus überhaupt so wichtig finden. Marx war der erste Sozialist, der die Bewegungsgesetze des Kapitals aufgedeckt hat. Er hat die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der kapitalistischen Produktionsweise aus den immanenten Bewegungsgesetzen des Kapitals abgeleitet, aus Gesetzen also, die [33] das Kapital nicht überwinden kann, von denen es regiert wird und die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht überwunden werden können. Weiterhin hat Marx dargestellt, warum, und wie der Kapitalismus ständig Widersprüche und damit auch die Voraussetzung für seine Überwindung erzeugt. Er hat auch beschrieben, daß jede materiell entwickelte Gesellschaft sich in Klassen teilt. Die Klasse definiert sich nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, dieses Verhältnis bestimmt ihr gesellschaftliches Handeln.

Die Erkenntnis, daß die Produktions- und Klassenverhältnisse objektive Bedingungen für den revolutionären Kampf setzen, daß eine revolutionäre Strategie sich auf diese objektiven Bedingungen beziehen muß, ist in der Szene kaum verbreitet.

Marx hat auch aufgezeigt, daß die Klassengesellschaft kein ewiges Schicksal der Menschheit ist. Sie kann durch den Sieg des Proletariats überwunden werden. Dieser Sieg ist nur durch die sozialistische Revolution möglich. Das bedeutet Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, Errichtung der Arbeitermacht und Vergesellschaftung der Produktion. So - und nur so - kann eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Armut geschaffen werden, die allen Menschen die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit erlaubt. Oder, um es mit den Worten von Marx auszudrücken: die Menschen kommen vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit. Marx hat auch gesagt, daß die sozialistische Revolution keine Selbstverständlichkeit ist. Sie kann nur durch das bewußte Handeln des Proletariats erkämpft werden. Gelingt dies nicht, so verwandeln

sich die vom Kapitalismus entfaltenen Produktivkräfte in Destruktivkräfte, die Menschheit erlebt ein neues Zeitalter der Barbarei.

Es gibt sicherlich Teile der marxistischen Theorie, die aus heutiger wissenschaftlicher Sicht überholt sind, aber ihr Kern - die Analyse des Kapitalismus und der Rolle des Proletariats sowie die Zielvorstellung einer klassenlosen Gesellschaft - hat heute die gleiche Gültigkeit wie vor 140 Jahren. Wer aber ist nun dieses geheimnisvolle Proletariat? "Im allgemeinen und erweiterten Sinne umfaßt das Proletariat all diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um existieren zu können. Also all diejenigen, die unmittelbar von der Ausbeutung betroffen sind, in ungesicherten Existenzverhältnissen leben, einen schlechten (oder gar keinen) Lohn bekommen und die Arbeitsbedingungen unterworfen sind, die zur Zerstörung ihrer Gesundheit führen ... Im engeren Sinne umfaßt das Proletariat die Industriearbeiterschaft, welche nach Marx das ureigenste Produkt [34] der großen Industrie ist und die ein direktes und unmittelbares Interesse am Sturz der Kapitalherrschaft und der Beseitigung des Lohnsystems hat. Anders ausgedrückt: Die Industriearbeiterschaft hat aufgrund ihrer Stellung im gesamten Produktionsprozeß (ihre Ausbeutung schafft den Mehrwert, ermöglicht die Anhäufung von Kapital und die Profitmacherei) das stärkste Interesse an der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Vergesellschaftung und somit an der sozialen Revolution und der Zerschlagung des Staates."

"Im Unterschied zum Begriff >Proletariat<, der die objektive Situation der Klasse und ihre Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft bezeichnet, verstehen wir unter dem Begriff >proletarisch< die subjektive Seite. Marx hat dazu gesagt, daß das Proletariat aus einer ‚Klasse an sich‘ zu einer ‚Klasse für sich‘ werden muß. Wir haben das so formuliert: Das Proletariat als Klasse in der Gesellschaft, als Klasse in der Produktion auf dem Weg zur Klasse in der Konfrontation. Das heißt: indem das Proletariat das Bewußtsein von sich selbst als der Klasse gewinnt, die seit dem Entstehen des Kapitalismus den zentralen Platz für die Entwicklung der Gesellschaft einnimmt, befähigt es sich dazu, seine Stärke und seine Kraft zu erkennen und dann auch einzusetzen. >Proletarisch< meint also: Selbst-Bewußtsein der Klasse."

(aus: Partisan, Zeitung der Proletarischen Aktion, April 1988)

Der Weg von der Klasse in der Produktion zur Klasse in der Konfrontation ist alles andere als einfach. Die unterdrückten und ausgebeuteten Massen kommen nicht von selber zu revolutionärem Bewußtsein und Handeln. Wäre das so, hätte sich nie eine Klassengesellschaft entwickeln können. Wir kommen hier zur ersten Aufgabe einer revolutionären Organisation: Klassenbewußtsein und revolutionäres Bewußtsein zu vermitteln.

Lenin sagte dazu, daß "jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des >bewußten Elements<, der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich - ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht - die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet. Jeder, der von der >Überschätzung der Ideologie<, von der Übertreibung der Rolle des bewußten Elements und dergleichen mehr spricht, glaubt, die reine Arbeiterbewegung könne und werde sich von selbst eine selbstständige Ideologie schaffen, wenn nur die Arbeiter >ihr Schicksal den Händen der Führer entreißen<. Aber das ist ein schwerer Fehler." Er zitiert dazu Kautsky, der sich gegen die Vorstellung wendet, Marx habe gesagt, daß revolutionäres Bewußtsein des Proletariats entwickle sich zwangsläufig aus den Produktionsverhältnissen. "Der Sozialismus als Lehre wurzelt [35] allerdings ebenso in den heutigen ökonomischen Verhältnissen wie der Klassenkampf des Proletariats, ... aber beide entstehen nebeneinander, nicht auseinander, und unter verschiedenen Voraussetzungen. Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur erstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht. In der Tat bildet die heutige ökonomische Wissenschaft ebenso eine Vorbedingung sozialistischer Produktion wie etwa die heutige Technik, nur kann das Proletariat beim besten Willen die eine ebensowenig schaffen wie die andere; sie entstehen beide aus dem heutigen gesellschaftlichen Prozeß. Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat,

sondern die bürgerliche Intelligenz; in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist denn auch der moderne Sozialismus entstanden ... Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig. Entstandenes." (Lenin: Was tun? 1901 geschrieben)

Heute liegen die Dinge sicher etwas anders. Das BRD-Proletariat des Jahres 1988 hat von Bildung und Wissensstand her viel bessere Voraussetzungen als das russische Proletariat des Jahres 1901. Die Kluft zwischen bürgerlichen Intellektuellen und Proletariern wird von beiden Seiten her kleiner: durch eine tendenzielle Intellektualisierung des Proletariats (mehr technische Intelligenz im Produktionsprozeß, längere Schulzeit etc) und die Proletarisierung der Intellektuellen (das Studium ist heute keine Garantie mehr für eine hochbezahlte Stellung). Wir können aber dennoch feststellen, daß die heute existierenden revolutionären Kerne meist aus dem Kleinbürgertum, vor allem aus den intellektuell tätigen Teilen desselben, kommen. Denn trotz einiger wichtiger Verbesserungen gegenüber 1901 sind die Lebensbedingungen des Proletariats auch heute so, daß nach Feierabend eher der Fernseher eingeschaltet als diskutiert, ein Buch gelesen oder politisch gearbeitet wird. Es ist also kein Wunder, daß kritisches Bewußtsein sich gerade da zuerst entwickelt, wo die Lebensbedingungen nicht so hart sind. Damit sich revolutionäres Bewußtsein verbreitet, muß Agitation [36] und Propaganda betrieben werden. Es ist leider so, daß viele Autonome und Antiimps das Verteilen von Flugblättern und ähnliche Tätigkeiten als unter ihrer revolutionären Würde ansehen. Auch die Diskussion mit Andersdenkenden wird tunlichst vermieden. Das muß anders werden.

Vermittelt werden muß antikapitalistische Kritik. Es muß aufgezeigt werden, daß Probleme wie Arbeitslosigkeit, ökologische Krise oder Vereinzelung aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise kommen und im Rahmen dieser Produktionsweise nie ganz gelöst werden können. Es geht nicht so sehr darum, zu zeigen wie beschissen hier alles ist - das wissen die Leute selber - sondern darum, zu zeigen warum das so ist, wie wir es ändern können und was wir stattdessen wollen. Vor allem aber müssen Begriffe wie Revolution und Kommunismus wieder eine positive, zukunftsweisende Bedeutung bekommen. Wer sich heute als Kommunist bezeichnet, wird zunächst unweigerlich mit DKP und UdSSR in Verbindung gebracht, wer sich gar als Revolutionär bezeichnet, läuft Gefahr, als etwas verschroben und wirklichkeitsfremd zu gelten. Das zu ändern wird eine Weile dauern, ist aber Voraussetzung dafür, daß die revolutionäre Linke hier eine Massenbasis bekommt.

Der autonomen Linken fehlt heute noch jede gesellschaftliche Verankerung. >Die Autonomen< werden als Störer der bestehenden Ordnung angesehen - was durchaus Sympathien einbringen kann - aber nicht als Gegenmacht, auch nicht als potentielle. Als Revolutionäre mag uns niemand so recht ernst nehmen, und daß ist kein Wunder. Wer kann sich schon eine aus Autonomen und Antiimps gebildete Revolutionsregierung vorstellen? Eben. Da müssen wir ja selber lachen. Wir müssen uns eine revolutionäre Perspektive erst einmal selbst erarbeiten, bevor wir sie an andere vermitteln können.

Nun kann revolutionäre Perspektive nicht gelernt und gelehrt werden wie das Alphabet, weil es hier nicht nur um eine theoretische Erkenntnis, sondern auch um eine den ganzen Menschen umfassende revolutionäre Identität geht. Klassenbewußtsein wird nur im Klassenkampf erworben. Wir kommen damit zur zweiten Aufgabe einer revolutionären Organisation: proletarische Gegenmacht aufbauen. Das politische Bewußtsein wird immer durch die herrschenden Verhältnisse geprägt. Diese werden als übermächtig - was sie zunächst auch sind - und unabänderlich - was sie natürlich nicht sind - angesehen. Diese Sicht der Dinge gilt es zu erschüttern, und das muß vor allem in praktischen Kämpfen geschehen. Die scheinbare Allmacht des Systems kann auf vielfältige Weise angegriffen werden: die Schließung eines Betriebes verhindern, Bullenangriffe auf Demos zurückschlagen, die Forderungen politischer Gefangener durchsetzen ... Wichtig dabei ist, daß möglichst viele

Menschen aktiv teilnehmen, ihre eigene Stärke und die Angreifbarkeit des Systems also selbst erleben. Unsere Aufgabe ist es, ihnen die Möglichkeit dazu zu geben. Beispielhafte Aktionen kleiner Gruppen können auch nützlich sein, wenn sie tatsächlich über den Dunstkreis der Szene hinaus etwas vermitteln.

Entscheidend für die Stärke proletarischer Gegenmacht sind nicht militärische Gesichtspunkte wie die Zahl verletzter Bullen oder die Stärke einer Sprengladung. Entscheidend ist die Sprengkraft [37] für das kapitalistische System, also der potentiell systemüberwindende Charakter eines Kampfes. Da das so wohl etwas abstrakt klingt, hier ein Beispiel:

Der britische Bergarbeiterstreik gewann seine politische Stärke daraus, daß die Arbeiter das Allerheiligste im Kapitalismus angriffen: die Verfügungsgewalt der Bourgeoisie über die Produktionsmittel. Sie sagten nämlich, daß es ihnen schießegal wäre, ob die Minen rentabel arbeiten, daß es vielmehr um ihre Interessen und die der gesamten britischen Arbeiterklasse ginge. Damit wurde der Bourgeoisie die Machtfrage gestellt, und so ergab sich die Schärfe der Auseinandersetzung. Daher hätten die Bergarbeiter auch nur siegen können, wenn die gesamte britische Arbeiterklasse sie unterstützt hätte. Da die meisten Gewerkschaftsführer aber keineswegs die Machtfrage stellen wollten, blieb die Solidarität ungenügend.

Die Szene vergrößert sich heute vor allem durch persönliche Kontakte. Wer niemanden kennt und versucht, Kontakte zu bekommen, braucht viel Mut, Kontaktfreude und auch etwas Glück, um in Kleingruppen oder politische Zusammenhänge reinzukommen. Nun hat diese Organisationsform sicher ihre Vorteile. Sie macht es Bullen und Geheimdiensten schwer, mehr als oberflächliches Wissen zu gewinnen. Die müssen deshalb immer allerlei gewagte Konstruktionen mit Kakaoflaschen, Reiseweckern und dergleichen anwenden, wenn sie Autonome oder Antiimps in den Knast bringen wollen. Diesem Vorteil steht aber gegenüber, daß die Kleingruppen meist so abgeschottet sind, daß Außenstehende nur dann die Möglichkeit haben mitzuarbeiten, wenn sie schon jemanden kennen. Hinzu kommt die politische Arbeitsweise der Szene. Da fast alle sich viel Zeit für die politische Arbeit nehmen können, dauern Treffen und Diskussionen bis in die tiefste Nacht oder finden zu Zeiten statt, wo die werktätige Bevölkerung nicht teilnehmen kann. Nur wer in der Lage ist, einen autonomen Lebensstil zu pflegen, kann da mitmachen. Eine revolutionäre Bewegung muß sich aber nicht nur zahlenmäßig vergrößern, sie muß auch ihre soziale Basis verbreitern und möglichst viele Schichten des Proletariats erreichen.

Konkret: wir brauchen offene Abende, Schulungsgruppen und regelmäßige Veranstaltungen. Wir brauchen auch eine Propaganda, die sich gezielt an Menschen außerhalb der Szene wendet, fast alle Szene-Publikationen und Veranstaltungen dienen gegenwärtig nämlich nur der internen Information und Diskussion. Außenstehende müssen endlich die Möglichkeit finden, sich mit revolutionärer Politik auseinanderzusetzen und persönlichen Anschluß zu finden.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: natürlich braucht jede revolutionäre Organisation konspirativ arbeitende Gruppen, in die die Bullen keinen Fuß setzen können. Jede revolutionäre Organisation braucht aber darüberhinaus Strukturen, um neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Und es ist auch klar, daß keine Kleingruppe und auch keine Aktionseinheit solche Aufgaben übernehmen kann. Die hierfür notwendige Kontinuität verlangt nach einer revolutionären Organisation.

[interim Nr. 28, 11.11.1988]

[38] "Gebt mir eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben" (Lenin, 1902)

Es gibt in der Szene allerlei diffuse Vorstellungen von Organisierung. Aus der besonderen Realität

der Metropolengesellschaft wird die Notwendigkeit besonderer politischer Strukturen abgeleitet. Nun sind die Anforderungen an eine revolutionäre Organisation hier in der Tat einmalig. Das ist aber in jeder Revolution so. Und wir meinen, daß viele Erfahrungen vergangener und gegenwärtiger Klassenkämpfe auch auf die BRD-Realität anwendbar sind.

Der Ruf nach besseren politischen Strukturen ist so alt wie die Szene selbst. Es ist aber nie gelungen, mehr als kurzfristige Aktionseinheiten herzustellen. Und wenn dies immer wieder so ist, wenn trotz des großen Interesses an der Frage und der großen Anstrengungen, die unternommen wurden, keine Erfolge erzielt werden, dann müssen irgendwann grundsätzliche Konsequenzen gezogen werden.

Allen Szene-Konzepten zur Organisierung ist eines gemeinsam: ihnen fehlt die Konkretisierung. Wenn gemäß dem RZ-Konzept "Gegenmacht in kleinen Kernen" organisiert werden soll, damit "irgendwann einmal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ... die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen" ist, dann liegt der springende Punkt genau da, wo davon ausgegangen, daß die revolutionären Kerne sich >irgendwie, irgendwo, irgendwann< einmal so vermehrt haben, daß eine revolutionäre Gegenmacht da ist. Das Gleiche gilt für das Konzept der westeuropäischen Front, wo es auch keine Überlegungen gibt, wie diese Front zu einer Massenperspektive werden kann.

Wir sagen, daß die Lösung der Organisationsfrage sich an leninistischen Prinzipien orientieren muß. Das ist, wie wir zugeben, auch nicht besonders konkret. Von DKP bis MG, von PKK bis KOMKAR berufen sich zahlreiche Organisationen auf eben diese Prinzipien. Organisationen, die sich - um es mal vorsichtig auszudrücken - stark voneinander unterscheiden. Die leninistischen Organisationsprinzipien sind eine Methode. Wie alle Methoden können sie sehr unterschiedlich interpretiert und angewendet, ja schon im Ansatz sehr unterschiedlich verstanden werden. Daraus folgt, daß mit der Anwendung dieser Prinzipien nicht alles gesagt und getan ist. Wir meinen aber, daß sie die Basis liefern, das Fundament auf dem das Gebäude der revolutionären Organisation errichtet werden kann. Die leninistische Organisationstheorie ist kein am Schreibtisch entstandenes theoretisches Produkt, sie wurde vielmehr aus den Erfahrungen revolutionärer Politik abgeleitet. Und sie hatte Erfolg, nicht nur in der Oktoberrevolution. Es hat in der Geschichte keine sozialistische Revolution ohne leninistische Partei gegeben. Wir wollen im Folgenden die Punkte der leninistischen Organisationstheorie darstellen, die wir als Basis revolutionärer Politik in der BRD ansehen:

1-Demokratischer Zentralismus

2-Zellenprinzip

3-Notwendigkeit der Kaderorganisation

4-Avantgardeanspruch

5-Weiterentwicklung der Theorie auf marxistisch-leninistischer Grundlage

[39] [1 – Demokratischer Zentralismus – Zwischenüberschrift fehlt im Original]

Beginnen wir mit dem ersten Punkt, dem demokratischen Zentralismus.

Einerseits besteht die Notwendigkeit, in nationalem und internationalem Rahmen zu handeln. Dazu bedarf es einer Zentrale, die auch in der Lage sein muß, politische Entscheidungen zu treffen. Zugleich besteht die Organisation aus vielen Zellen, die in ihren alltäglichen Kämpfen oft ganz andere politische Notwendigkeiten sehen. Mit diesem Widerspruch zwischen koordinierten Aktivitäten in großem Rahmen und politischer Effektivität in kleinem Rahmen umzugehen, ist Aufgabe des demokratischen Zentralismus. Schon der Begriff enthält ja einen tendenziellen Widerspruch. Viele kommunistische Parteien haben in ihrer Geschichte eher den Zentralismus betont als die Demokratie. Das hat dann zu autoritären, entfremdeten Strukturen in der Partei geführt. Solche Strukturen färben natürlich auch auf die Politik ab, die die Partei macht. Wir wollen

hier jetzt nicht lange über das richtige oder falsche Verständnis des demokratischen Zentralismus philosophieren, sondern darstellen, was wir darunter verstehen.

Eine zentrale politische Führung ist für jede Partei notwendig. Wie sollte eine Kampagne oder gar die Revolution gelingen, wenn die GenossInnen in Hamburg, Berlin, München etc. ihre Aktivitäten nach unterschiedlichen Kriterien bestimmen? Die politische Linie muß sich auf den Willen der Mitglieder stützen. Da diese selten alle einer Meinung sein werden, müssen Mehrheitsentscheidungen getroffen werden. Andernfalls kann es keine Koordination geben, oder die Meinungsverschiedenheiten werden mit Fäusten und Waffen ausgetragen. Und genauso muß sich die Minderheit der von der Mehrheit bestimmten politischen Linie fügen. Wenn nämlich nach so einer Entscheidung doch alle machen was sie wollen, kann mensch sich die Abstimmung auch schenken. Da aus praktischen Gründen die Partei nicht ständig zusammenhocken kann, muß die politische Linie für einen bestimmten Zeitraum festgelegt werden. Für diesen Zeitraum müssen Menschen gewählt werden, die die Arbeit der [40] Partei nach dieser Linie tun. Diese Menschen müssen auch Entscheidungen treffen, und die Erfahrung zeigt, daß es auch dabei Meinungsverschiedenheiten geben kann. Alle Menschen, die Funktionen in der Partei ausüben, müssen daher jederzeit vor den Mitgliedern Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen und, damit das gegebenenfalls auch Konsequenzen hat, auch jederzeit abwählbar sein. Dies alles erfordert die Möglichkeit freier Diskussion in der Partei. Die Mitglieder müssen die Möglichkeit haben, sich in Fraktionen zu organisieren, um ihre Ansichten gemeinsam zu vertreten.

Eine solche Organisationsform sorgt nicht nur dafür, daß die Partei sich nicht bei jeder größeren Meinungsverschiedenheit spaltet, weil die Dissidenten nicht die Möglichkeit haben, ihre Ansichten zur Diskussion zu stellen. Sie ermöglicht auch eine große politische Flexibilität in einer sich schnell verändernden politischen Situation, wie etwa im Rußland des Jahres 1917. Eine solche Organisationsform erfordert aber auch ständige Aktivitäten ihrer Mitglieder (siehe Punkt 3).

[41] Es ist klar, das der demokratische Zentralismus eine Einschränkung der persönlichen Autonomie bedeuten kann. Aber eine Revolution gibt es eben nicht dann, wenn alle machen, was sie wollen, sondern nur wenn alle das Gleiche machen, die Revolution nämlich. In der Szene wird davon ausgegangen, daß die revolutionäre Linke durch den Kampf selbst zu einer politischen Einheit und Strategie findet. Dem liegen einige grundlegende Illusionen zugrunde. Es ist nämlich durchaus nicht so, daß alle Menschen aus der gleichen Erfahrung die gleiche Schlußfolgerung ziehen. Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Wer bei einer Demo von den Bullen eins übergezogen bekommt, kann daraus sehr verschiedene Schlußfolgerungen ziehen: nächstes Mal einen Helm aufsetzen, nächstes Mal rechtzeitig weglaufen, gar nicht hingehen, den Grünen beitreten und für die Entmilitarisierung der Polizei kämpfen usw. usf. Welche Schlußfolgerung gezogen wird, ist für alle Unorganisierten eine individuelle Frage. In der Szene besteht die Vorstellung, daß es möglich ist, in einem schmerzhaften Selbstfindungsprozeß zu der politischen Linie zu kommen, der dann alle zustimmen, obwohl sie jetzt noch keiner kennt - so als handele es sich um einen vergrabenen Goldschatz, den es nur unter Einsatz von viel Schlauheit und Schweiß aufzuspüren gilt. Diese Vorstellung ist falsch, sie beruht auf dem Fehlen eines Klassenstandpunktes und einem starren Gesellschaftsbild. Oft wird sie auch noch mit einem moralisierenden Unterton versehen: jeder anständige Mensch muß doch wohl der gleichen Ansicht sein wie ich, sonst ist er ein Schwein. In Wahrheit wird es aber nicht nur immer verschiedene politische Vorstellungen geben, weil es in der revolutionären Linken immer Menschen mit einem unterschiedlichen Lebenshintergrund geben wird. Auch politische Veränderungen können eine schnelle Änderung der politischen Linie erfordern. Revolutionäre Politik muß sich einerseits an einer Strategie orientieren - etwa, wie wir es vorhin beschrieben haben an den beiden Grundlinien Propagierung von Revolution und Kommunismus und Aufbau proletarischer Gegenmacht - um nicht zur Beliebigkeit zu verkommen, andererseits muß sie beweglich genug sein, sich schnell verändernden Verhältnissen anpassen zu können. Nur die hier von uns beschriebenen Strukturen des demokratischen Zentralismus können

diesen Anforderungen gerecht werden.

In ihnen hat der/die Einzelne auch einen größeren Einfluß auf die politische Linie, als dies in der Szene gegenwärtig der Fall ist. Dort gibt es nämlich weder herrschaftsfreie Zustände, wo die Politik mittels freier Vereinbarung bestimmt wird, noch demokratische Zustände, wo sich mittels Abstimmung für die eine oder andere Position entschieden wird. Szene-Treffen und Plenen sind geprägt von Konkurrenzverhalten, Mackertum, dem Recht des/der Stärkeren oder Lauteren, Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen, persönlicher Anmache, Disziplin- und Rücksichtslosigkeit sowie den Zufälligkeiten der Mobilisierung, die unberechenbarer sind als die Lottozahlen für nächste Woche. Haben wir was vergessen? Bestimmt! Im Ernst: Viele Menschen haben sich nicht zuletzt wegen des schreienden Widerspruchs zwischen den angestrebten Zielen und den konkreten Formen autonomer und antiimperialistischer Politik, wie er gerade auf Treffen und Plenen zum Ausdruck kommt, von revolutionärer Politik zurückgezogen. Es kommt nicht auf die Qualität der Argumente an, sondern darauf, sich im Machtgefüge des Szene-Dschungels durchsetzen zu können. Abgestimmt wird nicht, das wäre auch sinnlos, es würde sich ja eh keine/r dran halten.

[42] Politische Strukturen, die Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit beinhalten, ermöglichen nicht nur weit eher kollektives Denken und Mandeln als die Szene-Strukturen. Sie sind bei einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe für die revolutionäre Linke lebensnotwendig. Nehmen wir ein Beispiel aus den Barrikadentagen an der Hafestraße. Nachdem klar war, daß die Konfrontation nur noch eine Frage der Zeit war, wurde im Plenum diskutiert, ob es sinnvoll sei, den Zeitpunkt der Konfrontation selber zu setzen. Während die Diskussion lief, verließ eine Horde von etwa 200 militaristischen Dummköpfen das Plenum, um das Ergebnis der Diskussion auf ihre Art vorwegzunehmen. Sie begannen, Barrikaden zu bauen, woraufhin das Plenum sich auflöste und fast alle mehr oder weniger fluchtartig das mutmaßliche Sperrgebiet verließen. Die Menschen in den Häusern blieben fast allein. Das es nicht zur Katastrophe kam, ist nur darauf zurückzuführen, daß der Feind die Lage nicht für sich zu nutzen wußte.

Im Moment können wir uns solche Fehler vielleicht noch leisten. Wenn es aber hier wirklich auf Leben und Tod geht, ist es einfach notwendig, daß alle sich an gefaßte Beschlüsse halten - bzw. abwarten, bis überhaupt ein Beschluß gefaßt wird - und daß alle Entscheidungen auf durchschaubare, für alle beeinflussbare Weise getroffen werden. Wer wird schon seinen Hals im Kampf riskieren, wenn das Risiko von einigen vom Dosenbier benebelten Schwachköpfen unkalkulierbar gemacht wird?

Revolutionäre Disziplin hat nichts mit Gehorsam und Unterordnung zu tun. Sie ist Einsicht in die durch den gemeinsamen Kampf gegebenen Notwendigkeiten. Das - und nicht das Ausleben jeder zufälligen Emotion - ist eine Vorwegnahme der Lebensform einer befreiten Gesellschaft.

[43] 2 – Zellenprinzip

Eine Revolution ist immer eine illegale Sache. Jede revolutionäre Organisation ist daher von Illegalisierung bedroht, wenn sie nicht schon illegal ist. Daraus folgt die Notwendigkeit, die Organisation so gut wie möglich gegen Polizei und Geheimdienste abzuschotten, dem Staat möglichst wenig Einblick in die Arbeit der Organisation zu geben. Gleichzeitig erfordert der revolutionäre Kampf hohen persönlichen Einsatz. Voraussetzung dafür ist, daß die KämpferInnen sich gut kennen und Vertrauen zueinander haben.

Dies wird durch das Zellenprinzip bestmöglich gewährleistet. Die Zelle bildet die Grundeinheit der Partei, sie sollte aus 3 bis 10 Mitgliedern bestehen. In so einem Kreis von Menschen, die durch gemeinsame Ansichten und Erfahrungen miteinander verbunden sind, bestehen auch die besten Möglichkeiten, politische Diskussionen zu führen.

Die diversen Kleingruppen der Szene, die sich nach thematischen, geographischen und persönlichen Kriterien organisiert haben, können solche Zellen sein und innerhalb einer revolutionären Organisation wichtige Aufgaben übernehmen. Momentan fehlt eine dauerhafte Koordinierung und langfristige Orientierung der politischen Aktivitäten, beides ist nur über eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Programm möglich. Nötig wäre es aber auch, daß die Gruppen/Zellen sich nicht ausschließlich nach persönlichen Kriterien zusammenfinden und auflösen, sobald persönliche Probleme aufkommen.

[44] 3-Notwendigkeit der Kaderorganisation

Die Erfahrung zeigt, daß die Menschen in sehr unterschiedlichem Maße bereit sind, politisch zu arbeiten, und das gilt nicht nur für die Menschen allgemein, sondern auch für die politisch Aktiven. Auch in der Szene arbeitet nur ein kleiner Teil, ein politischer Kern, regelmäßig an der Planung und Durchführung politischer Aktionen mit. Es sind dies meist immer die gleichen Menschen. Die anderen kommen dazu, wenn ihnen gerade danach ist. Sie entscheiden sich nicht nach politischen Kriterien, sondern vielmehr nach einem diffusen Gefühl der Betroffenheit. Die Aufrufe, dieses Verhalten zu ändern, sind so zahlreich wie sinnlos. Es wäre sicherlich besser, wenn alle Menschen sich gleichermaßen engagieren würden. Da das politische Bewußtsein aber sehr unterschiedlich ist, tun sie es eben nicht, und daraus gilt es Konsequenzen zu ziehen.

Es geht also nicht darum, irgendwen auszuschließen. Wir halten es aber für notwendig, daß es innerhalb der revolutionären Bewegung einen Kern von Revolutionären gibt - Kadern, nicht unbedingt Berufsrevolutionären im Lenin'schen Sinne - die sich als Partei organisiert haben, um die Revolution voranzutreiben. Demokratischer Zentralismus, darauf haben wir bereits hingewiesen, kann nur funktionieren, wenn alle Mitglieder der Partei aktiv sind und eine gewisse revolutionäre Disziplin bewahren. In einer revolutionären Bewegung machen sich dagegen unweigerlich auch Schwätzer, Nichtstuer, Großmäuler und verantwortungslose Aktionisten breit. Es ist kaum vorstellbar, daß eine revolutionäre Organisation in Zeiten der Illegalität oder auch nur der verschärften Repression revolutionäre Politik machen kann, wenn sie nicht die bewußtesten und konsequentesten Revolutionäre vereinigt.

Die revolutionäre Partei soll nun kein elitärer Orden sein, dessen Mitglieder alle Doktorhut und Einzelkämpferausbildung haben müssen. Diese sollen auch nicht preußischen oder mönchisch-asketischen Idealen folgen. Jeder Kader muß aber ein Minimum an politischem Wissen haben, das ihn/sie befähigt, politische Ereignisse selbstständig zu beurteilen und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, ohne auf die Anweisung des ZK warten zu müssen. Er/sie muß bereit sein, kontinuierlich und organisiert politisch zu arbeiten und sich darüber im Klaren sein, daß dies persönliche Folgen haben kann. Konkret würde das bedeuten, in (mindestens) einer Zelle politisch zu arbeiten (wöchentliche Treffen plus Aktivitäten der Zelle), an der innerparteilichen Diskussion und an Mobilisierungen der Partei teilzunehmen und sich persönlich und politisch weiterzubilden. Das ist ja eigentlich nicht zuviel verlangt. Es ist dennoch mehr, als die meisten Menschen, auch die meisten politisch aktiven Menschen, zu tun bereit sind.

Marighella, der Theoretiker der südamerikanischen Stadtguerilla, hat mal gesagt, daß wenn alle Mitglieder der Organisation verhaftet oder getötet wurden und nur eines noch frei ist, dieser eine Mensch in der Lage sein müsse, die Organisation neu aufzubauen. Das ist es, worum es geht: in der Lage sein, sowohl eigenständig als auch kollektiv zu denken und zu handeln - nicht mehr und nicht weniger.

[45] 4 – Avantgardeanspruch

"Das einzige Privileg der Kommunisten ist es, immer an vorderster Front kämpfen zu dürfen"

(Trotzki)

Wir wissen, daß damit viele Schwierigkeiten haben. Soll sich der Mensch nicht gerade von jeder Bevormundung befreien? Und da kommen ausgerechnet die Revolutionäre daher und wollen ihm wieder Vorschriften machen!

Tatsächlich war es eine Unsitte der >K-Gruppen<, den Avantgardeanspruch so zu verstehen: wer der Linie der eigenen Organisation nicht folgte, war Renegat, Revisionist, Kleinbürger und dergleichen mehr. In Wahrheit geht es um das, was im obigen Zitat gesagt wird. Die Kommunisten müssen im Kampf vorangehen - was ja nicht automatisch heißt, daß auch jemand hinterherkommt. Die revolutionäre Partei versucht vielmehr, ihre Strategie und ihr Programm im Proletariat zu verankern. Sie wartet nicht darauf, daß sich von selber etwas tut und sie bezieht auch bei spontanen Revolten eine politische Position, die aus ihrer Strategie und ihrem Programm abgeleitet sind. Sie tritt also der Bewegung weder wie ein Hund hinterdrein, noch applaudiert oder buht sie aus der sicheren Zuschauerloge.

Die revolutionäre Partei kann nur dann Avantgarde sein, wenn das Proletariat diesen Anspruch akzeptiert - deshalb sprechen wir vom Avantgardeanspruch. Der Test findet in der Praxis statt. Nur wenn die Partei die Revolution wirklich voranbringt, wird sie tatsächlich Avantgarde sein. Die Frage, welche Strategie die richtige ist, wird letztlich auf der Straße und nicht am Schreibtisch entschieden. Aber keine sozialistische Revolution ist ohne strategische Überlegungen vorangekommen, und zu solchen Überlegungen gehören nun einmal Leute, die sie machen, in die Diskussion bringen und vorantreiben.

Das eben ist der Unterschied zwischen Revolte und Revolution.

[46] 5 - Weiterentwicklung der revolutionären Theorie auf marxistisch-leninistischer Grundlage

„Ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Praxis“ (Lenin)

Marx und Lenin entwickelten ihre politische Theorie vor dem konkreten Hintergrund ihres Zeitalters. Wir haben gesagt, daß die Leitsätze des Marxismus-Leninismus auch heute noch die Grundlage revolutionärer kommunistischer Politik sein müssen. Allerdings ist damit noch nicht alles gesagt. Seit den Zeiten von Marx und Lenin hat sich die Welt sehr verändert. Daraus ergibt sich, daß wir den Erkenntnissen der Klassiker nicht sklavisch folgen können und dürfen. Das Denken kann uns keiner abnehmen.

So sprach Marx etwa davon, daß die Menschheit entweder zum Sozialismus voranschreiten oder in die Barbarei zurückfallen würde. Die konkrete Form der ökologischen Krise und die Entwicklung von Waffen, die potentiell die gesamte Menschheit vernichten können, konnte Marx nicht voraussehen. Da er aber den Charakter des Kapitalismus durchschaut hatte, stellte er fest, daß die durch die Bourgeoisie bewirkte ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte gewaltige materielle Macht in Hände legen würde, die dafür absolut ungeeignet sind, weil es ihnen nur um den Profit und nicht um das Wohl der Menschen geht. Diese Mischung, so befand er, müsse zur Katastrophe führen: die Produktivkräfte würden sich in Destruktivkräfte verwandeln.

Das meinen wir, wenn wir von der Weiterentwicklung der Theorie auf marxistisch-leninistischer Grundlage sprechen. Wir können aus der marxistischen Theorie ableiten, warum es zur ökologischen Krise gekommen ist und warum das kapitalistische System zu einer Lösung derselben nicht in der Lage ist. Wie wir aber damit umgehen, das müssen wir schon selber herausfinden.

Ein weiterer Punkt ist die Klassenanalyse. Der Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie bleibt bestehen. Wie aber [47] wirken sich die durch die kapitalistische Entwicklung eingeleiteten Veränderungen in der Produktion auf Zusammensetzung und Kampfverhalten des Proletariats aus?

Dies sind zwei der zahlreichen Fragen, die unserer Ansicht nach einer weiteren Klärung bedürfen. Revolutionäre Theorie kann nie etwas für alle Zeiten Feststehendes sein. Sie muß nicht nur aus der politischen Praxis entwickelt, sondern gegebenenfalls auch geändert werden, wenn die praktischen Erfahrungen oder eine veränderte objektive Situation dies notwendig machen.

LEGAL – ILLEGAL – SCHEISSEGAL?

Viele werden sagen, daß eine Organisation, wie wir sie hier vorgeschlagen haben, ohnehin sofort illegalisiert würde. Möglich. Wir halten das aber nicht für ausgemachte Sache.

Revolutionäre Organisationen werden im Kapitalismus zwar immer bekämpft, aber nicht immer illegalisiert. Dafür sind seitens der herrschenden Klasse eine ganze Reihe von Überlegungen ausschlaggebend. Die Illegalisierung einer großen Zahl von Kommunisten schafft gesellschaftliche Spannungen, da sie nicht nur von den Illegalisierten bekämpft, sondern auch sonst in weiten Teilen der Gesellschaft nicht akzeptiert würde. Die Bourgeoisie läuft dabei Gefahr, das Gegenteil von dem zu erreichen, was sie erreichen will. Allgemein gesagt muß die spätkapitalistische Gesellschaft der Rebellion Ventile lassen, da Revolten sonst explosionsartig zum Ausbruch kommen. Und schließlich ist eine illegale Organisation schwerer zu überwachen als eine legale.